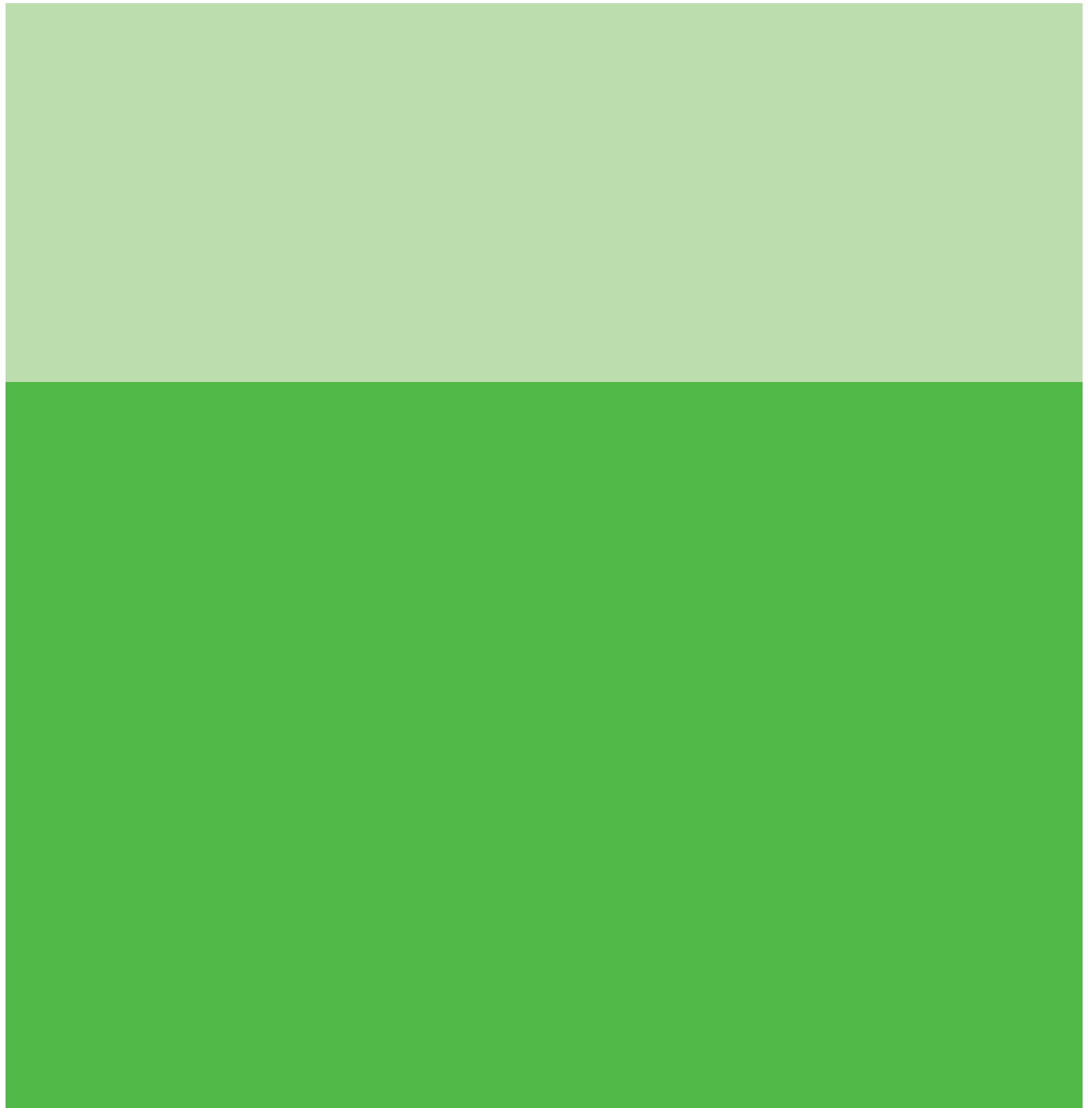




## Segregation an Grundschulen: Der Einfluss der elterlichen Schulwahl



Der Policy Brief wurde gefördert von der Stiftung Mercator

**Der Sachverständigenrat ist eine Initiative von:**

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius



## Zusammenfassung

Etwa jeder vierte Jugendliche mit Migrationshintergrund, aber nur jeder zwanzigste ohne Migrationshintergrund besucht bundesweit eine weiterführende Schule, in der Schüler nichtdeutscher Herkunft die Mehrheit bilden (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 162). In Großstädten ist diese Trennung der Schülerschaft bereits im Grundschulalter festzustellen. In Berlin gehen fast zwei Drittel der Kinder mit Migrationshintergrund auf eine Grundschule, in der die meisten ihrer Mitschüler ebenfalls nichtdeutscher Herkunft sind. Hingegen besuchen sechs von sieben Kindern ohne Migrationshintergrund eine Grundschule in der mehrheitlich Kinder mit deutschen Wurzeln lesen, rechnen und schreiben lernen (SenBJW 2012a). Diese Segregation von Grundschulern mit Migrationshintergrund führt zu ungleichen Lernchancen für Zuwandererkinder, die bereits in vielen Fällen auf Grund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt sind. Durch tägliche Interaktion mit Mitschülern mit ähnlich schwierigen Lernausgangsbedingungen sowie fehlende positive Rollenvorbilder verfestigen sich besonders bei schwächeren Schülern Leistungs- und Verhaltensnormen, die sich letztendlich in schlechteren Lernergebnissen widerspiegeln. Ferner erschweren die oft mangelhaften Deutschkenntnisse der Mitschüler den Spracherwerb des Einzelnen.

Die schulische Segregation von Kindern mit Migrationshintergrund ist nur teilweise durch die wohnräumliche Konzentration der Bevölkerungsgruppen zu erklären. Segregation an Grundschulen wird vielmehr durch die elterliche Schulwahl verschärft: Rund 10 Prozent der Eltern in Großstädten stellen für ihre Kinder einen Antrag auf Wechsel der behördlich zugewiesenen Grundschule. Die Zahl der Wechselanträge variiert dabei stark nach Wohnviertel. Hinzu kommt eine Dunkelziffer, da ein Teil der bildungsnahen Eltern den Schulwechsel durch Umzug oder Ummeldung in einen bevorzugten Schulbezirk herbeiführt und sich dadurch der ungewünschten Zuweisung entzieht. Eltern mit Migrationshintergrund entscheiden sich deutlich seltener gegen die zugewiesene Schule: 57 Prozent der Eltern türkischer Herkunft nehmen die bestehende Wahlmöglichkeit gar nicht wahr. Wie genau die elterliche Wahl der Grundschule am Entstehen von Bildungssegregation beteiligt ist, wird in diesem Policy Brief anhand deutschlandweiter Studien und einer eigenen Analyse von Berliner Schul- und Einwohnerdaten untersucht.

Eine detaillierte Auswertung der Schul- und Bevölkerungsdaten für 108 Grundschulen und deren umliegende Schulbezirke in den vier Berliner Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln weist auf ein aktives Vorgehen vieler Eltern gegen die behördliche Zuweisung der Grundschule hin: Jede fünfte Grundschule hat einen Zuwandereranteil, der mehr als doppelt so

hoch ist wie der Anteil unter Kindern im dazugehörigen Schulbezirk. Ein ebenso großer Teil der Grundschulen unterrichtet verhältnismäßig weniger Kinder mit Migrationshintergrund als im umliegenden Schulbezirk leben. Diese Segregation ist größtenteils Folge der aktiv betriebenen Schulwechsel: Um ihrem Nachwuchs ein förderliches Lernumfeld zu bieten, vergleichen vor allem bildungsnahe Eltern die umliegenden Grundschulen anhand der für sie einsehbaren Schulmerkmale. Dabei stehen Eltern vor dem Problem, dass viele leistungsbestimmende Schulfaktoren, wie z. B. das Unterrichts- und Schulklima, die Qualifikation des Lehrpersonals oder die Umsetzung individualisierten Lernens nur selten bekannt sind. Da Hospitationen, d. h. ein persönlicher Besuch des Schulunterrichts, aufwändig und Schulinspektionsberichte selten verfügbar sind, greifen viele Eltern auf die Zusammensetzung der Schülerschaft als Indikator für die Qualität einer Grundschule zurück. Dies bestätigt auch die Auswertung von mehr als 900.000 Zugriffen auf Online-Schulportraits in Berlin und Sachsen. Schulen mit hohem Zuwandereranteil werden oft gemieden, da die meisten Eltern diese mit mangelhaften Lernmöglichkeiten und einem problembelasteten Umfeld assoziieren. Die Folge: Kinder mit Migrationshintergrund lernen häufiger und früher in einer Klasse mit mehr leistungsschwachen Mitschülern. Das hat negative Folgen für ihren eigenen Kompetenzerwerb. Die in den weiterführenden Schulen institutionalisierte Trennung nach Leistung wird somit bereits an Grundschulen mittels wohnräumlicher Segregation und elterlicher Schulwahlentscheidungen eingeleitet.

Die negativen Leistungseffekte schulischer Segregation lassen sich nicht durch eine erzwungene Mischung der Schülerschaft beseitigen. Erfolgversprechend ist vielmehr eine gezielte Verbesserung von Lernmöglichkeiten an segregierten Schulen. Im Fokus des Policy Briefs steht die einzelne Grundschule, die unterstützt vom Schulträger und externen Partnern wie z. B. Vereinen und Kultureinrichtungen, insbesondere in drei Bereichen aktiv wirken muss:

- (1) **Kooperative Elternarbeit:** Um das Vertrauen von Eltern zu gewinnen und Eltern zur aktiven Unterstützung der Schullaufbahn ihrer Kinder zu befähigen, sollten Grundschulen die Eltern frühzeitig, am besten vor der Einschulung, proaktiv einbinden.
- (2) **Vernetzung mit externen Partnern:** Vernetzung mit weiterführenden Schulen sowie externen Partnern wie Vereinen und Kultureinrichtungen kann Innovationen anregen, die Unterrichtsqualität verbessern und die Angebote einer Schule erweitern.
- (3) **Koordinierte und zielgerichtete Lehrerfortbildung:** Um Defizite z. B. bei der durchgängigen Sprachbildung oder individuellen Förderung abzubauen, sollten Schulen auf eine koordinierte Fortbildung des gesamten Kollegiums setzen.



## 1. Ungleiche Lernchancen durch schulische Segregation

Spätestens seit nationale und internationale Schulleistungsuntersuchungen das durchschnittlich schlechtere Abschneiden von Grundschulern mit Migrationshintergrund in regelmäßigen Abständen öffentlichkeitswirksam belegen (Stanat et al. 2012; Bos et al. 2007; Bos et al. 2008) zögern bildungsnahe Familien, sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund, ihr Kind an Grundschulen mit hohem Zuwandereranteil anzumelden (SVR 2012: 43). Die Folge: Kinder aus gut situierten Elternhäusern lernen häufiger an Grundschulen mit einer privilegierten Schülerschaft. Gleichzeitig werden die Lernfortschritte von Schülern aus sozial schwachen Elternhäusern – häufig mit Migrationshintergrund – durch den gemeinsamen Unterricht mit mehrheitlich benachteiligten Mitschülern beeinträchtigt (Schofield 2006: 83ff; Bellin 2009: 83). Im Mittelpunkt dieses Policy Briefs stehen segregierte Grundschulen mit einem hohen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund aus sozial benachteiligten Familien.<sup>1</sup>

Die wohnräumliche Segregation der Nachbarschaft und die elterliche Schulwahl bestimmen, wie sich die Schülerschaft einer Grundschule zusammensetzt. Die dadurch entstandene (Ent)Mischung der Schülerschaft wirkt sich auf den Unterricht und den Lernfortschritt der Kinder aus. Der Migrationshintergrund allein ist wenig bedeutsam für die Grundfähigkeiten der Schüler, da vor allem der sozioökonomische Hintergrund einen Einfluss auf Kompetenzerwerb und Lernfortschritt hat (Baumert/Stanat/Watermann

2006: 96). Da jedoch Kinder nichtdeutscher Herkunft häufiger aus bildungsferneren Schichten kommen als Kinder ohne Migrationshintergrund, erzielen sie im Durchschnitt schlechtere Lernergebnisse. Negative Leistungseffekte an segregierten Schulen entstehen über fehlende Rollenbilder unter Schülern, leistungshemmende Verhaltensnormen innerhalb der Schulgemeinschaft, und nicht zuletzt die Anpassung des Unterrichts an die schulischen Gegebenheiten<sup>2</sup> (Baumert/Stanat/Watermann 2006: 112ff.). Vor allem leistungsschwache Schüler, zu denen häufiger Kinder mit Migrationshintergrund zählen, profitieren vom gemeinsamen Unterricht mit leistungsstarken Schülern. Letztere büßen im gemeinsamen Unterricht mit leistungsschwachen Schülern nicht an Lernerfolgen ein.<sup>3</sup> Dennoch sind es vorrangig leistungsstarke Schüler aus Familien mit hohem Sozialstatus, die häufiger die Schule wechseln, um zusammen mit anderen guten Schülern zu lernen (Bellin 2009: 84).

Die Folgen der Segregation sind insbesondere in den ersten Schuljahren und beim Erlernen der deutschen Sprache gravierend: In Grundschulen mit sozial schwacher Schülerschaft verschlechtern sich die schulischen Erfolgsaussichten der Kinder bereits vor Eintritt in die nach Leistung getrennten weiterführenden Schulen. Da die meisten Familien bei der Wahl der Sekundarschule der inzwischen überwiegend unverbindlichen Übergangsempfehlung der Grundschule folgen (Dietze 2011),<sup>4</sup> kommt den Grundschulen in Deutschland eine im internationalen Vergleich besonders richtungsweisende Bedeutung zu. Segregierte Grundschulen beeinträchtigen daher die Bildungsmobilität junger Menschen mit Migrationshintergrund in hohem Maße (Kristen 2005: 19).

### Info-Box 1 Messung von schulischer Segregation

Eine der am weitesten verbreiteten Berechnungsmethoden für Segregation ist der Dissimilaritätsindex, welcher die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe (z. B. Personen mit Migrationshintergrund) über Teilbereiche (z. B. Schulen) eines größeren Gebiets (z. B. Stadtteil) berechnet (Riedel et al. 2010: 116). Ein Dissimilaritätsindex von 50 bedeutet zum Beispiel, dass 50 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund ihre Schule verlassen und an eine andere Schule wechseln müssten, um eine gleiche Bevölkerungsverteilung wie im umliegenden Stadtteil zu erreichen. Ein allgemein gültiger Schwellenwert, d. h. ab welcher Konzentration eine Schule als segregiert gilt, liegt bislang nicht vor. Die unklare Datenlage zu den sog. *Tipping Points* (Stanat 2006), ab denen die negativen Effekte der Schülerzusammensetzung greifen, aber auch die signifikanten sozialräumlichen Unterschiede zwischen Kommunen, Bundesländern und letztendlich Nationalstaaten erlauben keine allgemein gültige Definition von Segregation.

- 1 Diese Studie wurde begleitet durch Prof. Dr. Ursula Neumann und Prof. Dr. Wilfried Bos, Mitglieder des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der SVR-Forschungsbereich. Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Die Autoren des Policy Briefs danken Charlotte Wohlfahrt für ihre Recherchearbeit im Rahmen des Projekts.
- 2 Belastbare Ergebnisse dafür, wie sich Bildungssegregation auf Schülerleistungen genau auswirkt, liegen bislang nicht vor; die genannten Wirkungswege sind Vermutungen der empirischen Bildungsforschung (Baumert/Stanat/Watermann 2006: 149).
- 3 Genau wie schwächere Schüler profitieren gute Schüler ebenfalls von einem gemeinsamen Unterricht mit anderen leistungsstarken Schülern (Bellin 2009: 84). Gleichzeitig wirkt sich der individuelle Unterricht in leistungsheterogenen Klassen leistungssteigernd für alle Schüler aus (Lou et al. 1996).
- 4 Auch dort, wo die einzelne Sekundarschule frei gewählt werden darf, wird die Entscheidung häufig von der Wahl der Schulform und der Übergangsempfehlung der Grundschule überlagert (Kristen 2005: 18).



## 2. Rechtliche Rahmenbedingungen für die Wahl der Grundschule in Deutschland

Im Gegensatz zu vielen anderen Wissensgesellschaften wie Großbritannien, den Niederlanden oder den USA erfährt die Wahl der Grundschule in Deutschland eine vergleichsweise geringe öffentliche Aufmerksamkeit – im Mittelpunkt steht vielmehr der Übergang auf die weiterführenden Schulen (Riedel et al. 2010: 95). Dies liegt u. a. daran, dass von den Eltern auf den ersten Blick gar keine Entscheidung verlangt wird. Schulreife Kinder werden in der Regel je nach Wohnort und getreu dem Motto ‚kurze Beine – kurze Schulwege‘ der nächstgelegenen Bildungseinrichtung zugeteilt. Die Zuweisung einer Grundschule erfolgt üblicherweise anhand von Schulbezirken,<sup>5</sup> die vom Schulträger festgelegt werden. Schulträger sind in den meisten Fällen Städte und Gemeinden. Diese bestimmen, welches Wohngebiet dem Schulbezirk einer Grundschule zugerechnet wird, bzw. ob sich mehrere Schulen einen gemeinsamen Schulbezirk teilen, wie etwa im Fall der schulischen Anmeldeverbände in Hamburg.<sup>6</sup> Aktuell sind Schulträger in allen Bundesländern dazu verpflichtet, Schulbezirke für Grundschulen einzurichten. Die Ausnahmen bilden Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Hier sind zwar Schulbezirke zu finden, die Schulträger entscheiden aber selbst, ob sie Schulbezirke einrichten oder darauf verzichten (Tab. 1).

Wie Tab. 1 zeigt, handelt es sich bei der elterlichen Grundschulwahl weniger um einen Akt der freien Wahl, als vielmehr um ein aktives Vorgehen

gegen behördliche Festlegungen. In den meisten Bundesländern müssen Eltern ihr Kind zunächst an der zugeteilten Grundschule anmelden, um dann die Möglichkeit eines Schulwechsels mit der gewünschten Schule und der Schulverwaltung zu klären. Die damit verbundenen Handlungen der Eltern werden im Kontext dieser Untersuchung als Bestandteile des elterlichen Schulwahlprozesses verstanden. Ein solcher Schulwahlprozess kann natürlich auch in einer Anmeldung an der ursprünglich zugeteilten Grundschule münden. Die folgende Untersuchung grenzt Schulwahl allerdings auf die Abweichung von der behördlichen Schulzuweisung ein.

Die Bundesländer unterscheiden sich besonders im Umfang der gesetzlich festgelegten Kriterien für die Bewilligung von Ausnahmen. In Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein können Eltern ihr Kind ohne Angabe von Gründen an einer anderen Schule außerhalb ihres Schulbezirks anmelden, sofern die gewünschte Schule über genügend freie Plätze verfügt. In den Bundesländern, in denen eine elterliche Begründung für einen Schulwechsel notwendig ist, wird dieser häufig gewährt, wenn die gewünschte Schule ein spezielles Profil vorweist oder durch den Wechsel eine bessere Betreuung am Nachmittag sichergestellt werden kann. Dies ist den Gesetzen und Verordnungen aber nicht immer explizit zu entnehmen, wodurch für Eltern eine zusätzliche Hürde entsteht (Tab. 1). Die endgültige Entscheidung über einen Schulwechsel liegt in der Regel bei der Schulverwaltung. Einzelne Schulen dürfen Schüler nur dann ablehnen, wenn die Zahl der Anmeldungen die von der Schulverwaltung vorgegebene Zahl der Schulanfänger übersteigt (Clausen 2008: 76).

### Info-Box 2 Privatschulen tragen zur schulischen Segregation bei

Schüler mit Migrationshintergrund haben eine nur halb so hohe Wahrscheinlichkeit, eine Privatschule zu besuchen wie Schüler ohne Migrationshintergrund (Weiß 2011: 36ff.). Zwischen 1992 und 2010 wuchs die Zahl der privaten Schulen in Deutschland um 67 Prozent. Im Schuljahr 2010/11 unterrichteten die 5.411 privaten Schulen jeden elften Schüler ohne Migrationshintergrund und jeden zwanzigsten Schüler mit Migrationshintergrund. Etwa zwei Drittel der Privatschüler lernen an Schulen in kirchlicher Trägerschaft (Statistisches Bundesamt 2011). Insgesamt sind Kinder aus gut situierten Elternhäusern an Privatschulen überrepräsentiert: 14 Prozent der Eltern mit hohem Sozialstatus schicken ihr Kind auf eine Privatschule, dies gilt nur für 3,5 Prozent der Eltern mit niedrigem Sozialstatus (Weiß 2011: 67). Auf Grund mangelnder Daten für einzelne Schulen und abweichender Entscheidungsfaktoren, wie z. B. dem Wunsch nach einer konfessionell geprägten Schulbildung, können Privatschulen in diesem Policy Brief nicht betrachtet werden.

5 Auch Schulsprengel, Einzugsbereich oder Einschulungsgebiet genannt. Im Rahmen dieses Policy Briefs wird der Begriff Schulbezirk als Sammelbegriff verwendet.

6 Hamburger Familien können zwischen mehreren Schulen innerhalb des ihrem Wohnort zugeteilten Anmeldeverbands wählen. Im Schuljahr 2012/13 konnten 94 Prozent der Erstwünsche erfüllt werden (Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg 2012).

Tab. 1 Behördliche Grundschulzuweisungen und Ausnahmeregelungen in den Bundesländern

Bundesland	Zuweisung	Abweichung von behördlich zugewiesener Grundschule		Quelle	Zuletzt geändert
		Ohne elterliche Begründung	Bei elterlicher Begründung: Abweichungskriterien gesetzlich erwähnt		
Baden-Württemberg	Ja	Nein	Nein	§ 25, § 76 SchG BW	24.04.2012
Bayern	Ja	Nein	Nein	Art. 32, Art. 32a, Art. 42, Art. 43 BayEUG	09.07.2012
Berlin	Ja	Nein	Geschwister, Programm/Schultyp, Betreuungssituation	§ 54, § 55a, § 109 SchulG BE	25.01.2010
Brandenburg	Ja	Nein	Erreichbarkeit, pädagogische und soziale Gründe	§ 106 Bbg-SchulG	08.01.2007
Bremen	Ja	Ja	Ganztagsschulen, Spezialangebote, Angliederung an Sekundarschule	§ 6 BremSchV-wG, § 6 Aufn-VOÖffSch	13.12.2011
Hamburg	Ja	Ja	Nein	§ 42 HmbSG	05.04.2012
Hessen	Ja	Nein	Nein	§ 60, § 63, § 66, § 143 HSchG	14.06.2005
Mecklenburg-Vorpommern	Ja	Nein	Erreichbarkeit, spezielle Interessen, soziale Umstände	§ 46 SchulG M-V	10.09.2010
Niedersachsen	Ja	Nein	Schultyp, unbillige Härte, pädagogische Gründe	§ 63 NSchG	16.03.2011
Nordrhein-Westfalen	Möglich	Ja	Nein	§ 84 SchulG NRW	21.12.2010
Rheinland-Pfalz	Ja	Nein	Nein	§ 62, § 93 SchulG RP	30.03.2004
Saarland	Ja	Nein	Nein	§ 19 SchoG	18.06.2008
Sachsen	Ja	Nein	Pädagogische Gründe, soziale Umstände, Erreichbarkeit	§ 25 SchulG SN	15.12.2006
Sachsen-Anhalt	Möglich	Nein	Nein	§ 41, § 86e SchulG LSA	11.08.2005
Schleswig-Holstein	Ja	Ja	Nein	§ 24 SchulG SH	28.01.2011
Thüringen	Ja	Nein	Pädagogische Gründe, soziale Gründe	§ 15 Thür-SchulG	20.12.2010

Anmerkungen: In Hamburg können Eltern innerhalb von Anmeldeverbänden zwischen mehreren Grundschulen wählen. Die Gesetze in einigen anderen Bundesländern ermöglichen dies zwar, doch wird dies in der Praxis bislang nicht umgesetzt. Abweichungskriterien sind in den Schulgesetzen nicht umfassend aufgeführt. Nur die in der Tabelle genannten Kriterien sind in den jeweiligen Gesetzen explizit erwähnt.



Der Wechsel an die gewünschte Grundschule ist wegen der zum Teil recht restriktiv formulierten Schulgesetze (Tab. 1) für Eltern mit einem hohen Aufwand verbunden. Dennoch zeigen bisherige Studien, dass Eltern den ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Spielraum nutzen: Die von Katzenbach et al. zwischen 1991 und 1995 durchgeführte Untersuchung an 33 Hamburger Grundschulen ergab, dass durchschnittlich etwa 10 Prozent der Schulanfänger auf Antrag der Eltern an einer anderen als der regional zuständigen Schule eingeschult wurden (1999: 573). Kristen (2005) fand heraus, dass 9,5 Prozent der Schulanfänger an Grundschulen in Essen eine Schule außerhalb ihres Schulbezirks besuchten. Für Berliner Grundschulen zeigte eine Untersuchung, dass sich 28 Prozent der Eltern von Schülern der vierten Klassen bewusst für die Schule ihres Kindes entschieden hatten. Hier wurden auch Familien mitgezählt, die sich nach dem Vergleich der infrage kommenden Grundschulen für die ursprünglich zugewiesene entschieden hatten. Dies erklärt den höheren Anteil der Eltern, die eine bewusste Wahl getroffen haben (Koopmans et al. 2011). In Großstädten geben damit je nach Wohngebiet rund 10 Prozent der Eltern an, einen Antrag auf Schulwechsel gestellt zu haben. Eine allgemein gültige Aussage über den Anteil der Eltern, die ihr Kind an einer Grundschule außerhalb ihres Schulbezirks anmelden, lässt sich aber auf der Grundlage der bisherigen Studien nicht treffen. Insgesamt ist die bewusste Entscheidung für eine andere Grundschule als die in der Nachbarschaft gelegene ein Großstadtphänomen. Hier kristallisieren sich auf Grund der demografischen Entwicklung schon jetzt Probleme heraus, die in einigen Jahren auch in kleineren Städten auftreten können. Großstädte bieten im Unterschied zum ländlichen Raum aber auch die Möglichkeit, in relativer räumlicher Nähe zwischen verschiedenen Grundschulen wählen zu können.

Welche Folgen die elterliche Schulwahl für die Zusammensetzung der Schülerschaft haben kann, wird im Folgenden am Beispiel von 108 Berliner Grundschulen im Schuljahr 2011/12 dargestellt.

### 3. Fallstudie Berlin: Elterliche Schulwahl verschärft schulische Segregation

Deutschlandweit haben rund ein Drittel der Grundschüler<sup>7</sup> einen Migrationshintergrund, in Großstädten sind es knapp die Hälfte (Statistisches Bundesamt 2012). Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an einer Grundschule wird zu großen Teilen durch die Bevölkerungsstruktur im umliegen-

den Schulbezirk bestimmt. Doch der Wohnort von Schülern und ihren Familien ist nicht der einzige Treiber hinter schulischen Entmischungsprozessen. Sachkundige und an besseren Lernchancen interessierte Familien – häufig ohne Migrationshintergrund – vermeiden zu größeren Anteilen die behördlich zugewiesene Grundschule und erhöhen dadurch die Segregation der verbleibenden Schüler mit Migrationshintergrund (Häußermann 2007: 467). Diese durch elterliche Grundschulwahl verschärfte Segregation wird im Folgenden anhand von Berliner Daten veranschaulicht: Die Zusammensetzung der Schülerschaft an 108 staatlichen Grundschulen in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln werden in Relation gesetzt zur Zahl der 6- bis 12-Jährigen,<sup>8</sup> die im Schulbezirk der jeweiligen Grundschule leben. Die untersuchten Segregationsdynamiken beanspruchen keine allgemeine Gültigkeit für ganz Deutschland, können aber als beispielhaft für die Situation in westdeutschen Großstädten angesehen werden.

#### 3.1. Ergebnisse der Fallstudie: Mehrheitsbevölkerung meidet häufig Schulen mit hohem Zuwandereranteil

Aufgrund der wohnortbezogenen Zuweisung der Grundschule müsste der Ausländeranteil einer Grundschule annähernd dem Ausländeranteil der Kinder im Grundschulalter in dem dazugehörigen Schulbezirk entsprechen (Info-Box 3). Dies ist vor allem in Großstädten häufig nicht der Fall, wie anhand der Schülerverteilung in den vier Berliner Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg (Tab. 2), Charlottenburg-Wilmersdorf (Tab. 3), Mitte (Tab. 4) und Neukölln (Tab. 5)<sup>9</sup> exemplarisch veranschaulicht wird: Knapp jede fünfte der 108 untersuchten Grundschulen wies im Schuljahr 2011/12 einen mehr als doppelt so hohen Anteil ausländischer Schüler auf wie ihr zugehöriger Schulbezirk. Dagegen hatte jede vierte Grundschule einen geringeren Anteil an ausländischen Schülern als ihr jeweiliger Schulbezirk.

In Friedrichshain-Kreuzberg war der Anteil der ausländischen Schüler an fünf der 23 untersuchten Grundschulen mehr als doppelt so hoch wie in den umgebenden Schulbezirken. Die größten Abweichungen verzeichneten die E.-O.-Plauen-Grundschule mit mehr als drei Mal so vielen ausländischen Schülern und die Jens-Nydahl-Grundschule mit 2,5-mal so vielen ausländischen Schülern. Vier weitere Grundschu-

7 Wann immer die männliche Form verwendet wird, schließt dies stets beide Geschlechter ein.

8 In Berlin umfassen die öffentlichen Grundschulen die erste bis sechste Jahrgangsstufe. Die privaten Grundschulen wurden auf Grund fehlender Daten bei der Analyse nicht berücksichtigt.

9 Tab. 3, Tab. 4 und Tab. 5 siehe Anhang.



### Info-Box 3 Fallauswahl und Methode

Das schlechte Abschneiden der Berliner Grundschüler im Ländervergleich des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) (Stanat et al. 2012) war Anlass für eine genauere Betrachtung der Grundschulen in vier Berliner Bezirken. Das elterliche Schulwahlverhalten in diesen Bezirken ist in ähnlicher Ausprägung in vielen deutschen Großstädten zu beobachten. Insgesamt 1,2 Millionen Menschen wohnen in den vier innerstädtischen Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte und Neukölln. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ist mit durchschnittlich 40 Prozent der höchste in Berlin (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012b). Im Mittelpunkt der Auswertung stehen Daten aus Friedrichshain-Kreuzberg, da sich hier in den vergangenen Jahren ein zunehmend attraktives Wohnumfeld für junge Familien aus der Mittelschicht entwickelt hat, was eine stärkere soziale Mischung der Bevölkerung mit sich bringt (Brake 2012). Gleichzeitig werden viele der Grundschulen im Bezirk in der Öffentlichkeit als problembelastet wahrgenommen, u. a. auf Grund der hohen Zahl an Schülern mit Migrationshintergrund (siehe beispielhaft Vogt 2012).

Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg entstand im Rahmen der Verwaltungsreform 2001 durch die Fusion der bis dahin eigenständigen Bezirke Friedrichshain und Kreuzberg. Von den rund 275.000 Einwohnern in Friedrichshain-Kreuzberg haben 37 Prozent einen Migrationshintergrund. Der weitaus größere Teil der Zuwanderer lebt in Kreuzberg, wo jeder zweite Einwohner einen Migrationshintergrund vorweist; in Friedrichshain sind es knapp 20 Prozent (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012b). Diese Gegensätze spiegeln sich auch an den Schulen wieder: Alle Kreuzberger Grundschulen haben auf Grund der Herkunft und des Sozialstatus ihrer Schüler Anspruch auf zusätzliche Lehrerstunden für Sprachförderunterricht, in Friedrichshain sind es deutlich weniger.<sup>10</sup>

Die Auswertung erfolgt anhand der Staatsbürgerschaft der Grundschüler, da das Merkmal „mit Migrationshintergrund“ in der Schulstatistik und anderen amtlichen Statistiken unterschiedlich definiert und damit nicht vergleichbar ist.<sup>11</sup> Zugleich ermöglicht die Verwendung der Staatsbürgerschaft einen verlässlichen Vergleich auf Basis amtlicher Identifikationsdokumente. Wenn im Folgenden von ausländischen Schülern die Rede ist, wird dieser Begriff aus der Schulstatistik übernommen. Dies schließt nicht die nach 2000 in Deutschland geborenen Kinder mit Migrationshintergrund ein, die aufgrund der Optionsregelung eine doppelte Staatsbürgerschaft haben. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund liegt daher deutlich höher als der Anteil der ausländischen Schüler, da Doppelstaatler, Eingebürgerte und Kinder, die unter die Optionsregelung fallen, nicht berücksichtigt werden.<sup>12</sup>

len unterrichteten zwischen 1,5- und 2-mal mehr ausländische Kinder als im jeweiligen Schulbezirk gemeldet waren. Auch umgekehrt wird der Entmischungsprozess sichtbar: Sieben Grundschulen verzeichneten deutlich geringere Anteile ausländischer Schüler als ihre umliegenden Schulbezirke. An einer Schule, der Charlotte-Salomon-Grundschule, lag der Anteil der ausländischen Schüler mit 2,5 Prozent bei unter einem Fünftel des Anteils ausländischer Kin-

der im Schulbezirk (13,9 %). An der Heinrich-Zille-Grundschule war der Anteil weniger als halb so groß wie im Schulbezirk.

Für alle vier Bezirke gilt: Die Grundschulen mit dem höchsten Anteil an ausländischen Schulkindern verzeichnen zumeist die größten Abweichungen von der Bevölkerungsstruktur ihrer Umgebung (Tab. 2–5). Die methodisch notwendige Messung der Ausländeranteile täuscht dabei noch darüber hinweg, dass der

10 Grundschulen, deren Schüler zu über 40 Prozent nichtdeutscher Herkunftssprache und/oder aus sozialen Gründen (u. a. Bezug von Arbeitslosengeld II, Wohngeld, BAföG) lernmittelbefreit sind, erhalten für jeden betroffenen Schüler 0,15 zusätzliche Lehrerstunden für Sprachförderung. Je nach Umsetzung durch die Schule bedeutet dies für Schüler zusätzliche Förderstunden, die mithilfe von zusätzlichem oder vorhandenem Personal angeboten werden (SenBJW 2012c).

11 Die Schulstatistik der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW) definiert den Migrationshintergrund über die Herkunftssprache der Schüler. Diese wird nach Einschätzung der Eltern bzw. der Lehrkraft erhoben. Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) haben demnach einen Migrationshintergrund. Hingegen definiert die amtliche Statistik den Migrationshintergrund über die Staatsbürgerschaft, das Geburtsland der Person sowie das Geburtsland der Eltern (§ 6 MighEV). Die beiden Statistiken sind somit nicht deckungsgleich.

12 Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 erhält ein in Deutschland geborenes Kind, dessen Eltern beide Ausländer sind, zusätzlich zur Staatsangehörigkeit seiner Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ist (§ 4 StAG). Nach der sog. Optionsregelung bleibt die ausländische Staatsbürgerschaft dem Kind bis zur verpflichtenden Entscheidung zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr erhalten. Dann muss die Person über die Aufgabe der ausländischen oder der deutschen Staatsbürgerschaft entscheiden (§ 29 StAG).



Tab. 2 Ausländeranteil an Grundschulen und bei im Schulbezirk lebenden 6- bis 12-jährigen in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, 2011<sup>13</sup>

Schulname	Ausländeranteil in Grundschule (Schuljahr 2011/12)	Ausländeranteil im Schulbezirk, 6–12 Jahre (2011)	Abweichung zwischen Grundschule und Schulbezirk
Lemgo-Grundschule	39,0 %	19,9 %	Mehr als +75 %
Jens-Nydahl-Grundschule	34,8 %	14,3 %	Mehr als +75 %
E.-O.-Plauen-Grundschule	22,8 %	7,1 %	Mehr als +75 %
Blumen-Grundschule	22,3 %	16,4 %	0 % bis +74 %
Hausburg-Grundschule (Europa-Schule)	21,1 %	9,7 %	Mehr als +75 %
Lenau-Grundschule	20,5 %	10,2 %	Mehr als +75 %
Otto-Wels-Grundschule	20,0 %	12,0 %	0 % bis +74 %
Kurt-Schumacher-Grundschule	18,9 %	11,9 %	0 % bis +74 %
Galilei-Grundschule	17,5 %	15,3 %	0 % bis +74 %
Fanny-Hensel-Grundschule	17,3 %	7,8 %	Mehr als +75 %
Spartacus-Grundschule	16,0 %	10,4 %	0 % bis +74 %
Fichtelgebirge-Grundschule	15,7 %	12,0 %	0 % bis +74 %
Adolf-Glaßbrenner-Grundschule	12,1 %	4,0 %	Mehr als +75 %
Grundschule am Traveplatz	11,7 %	11,2 %	0 % bis +74 %
Nürtingen-Grundschule	11,1 %	10,9 %	0 % bis +74 %
Hunsrück-Grundschule	9,2 %	12,0 %	-74 % bis 0 %
Justus-von-Liebig-Grundschule	9,1 %	14,4 %	-74 % bis 0 %
Heinrich-Zille-Grundschule	7,5 %	19,0 %	-74 % bis 0 %
Bürgermeister-Herz-Grundschule	7,4 %	8,8 %	-74 % bis 0 %
Zille-Grundschule	6,7 %	5,5 %	0 % bis +74 %
Reinhardswald-Grundschule	4,9 %	8,3 %	-74 % bis 0 %
Ludwig-Hoffmann-Grundschule	4,5 %	6,3 %	-74 % bis 0 %
Charlotte-Salomon-Grundschule	2,5 %	13,9 %	Mehr als -75 %

Lesehilfe: „In 2011 war der Anteil der ausländischen Schüler der Jens-Nydahl-Grundschule mit 34,8 Prozent mehr als doppelt so hoch wie der Ausländeranteil der 6- bis 12-jährigen Kinder im umliegenden Schulbezirk (14,3 %).“<sup>14</sup>

Quelle: SenBJW 2012a, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012c; eigene Berechnung

13 Die Modersohn-Grundschule, Pettenkofer-Grundschule und Thalia-Grundschule wurden auf Grund des niedrigen Ausgangsniveaus der Ausländeranteile ihres Wohnumfelds als statistische Ausreißer behandelt und nicht in die folgende Analyse mit eingeschlossen. Nicht berücksichtigt wurden zudem die Aziz-Nesin-Grundschule (Europa-Schule) und die Clara-Grundwald-Grundschule, die keinem Schulbezirk zugeordnet werden konnten. Für die im Jahr 2012 neu eröffnete Rosa-Parks-Grundschule lagen noch keine Daten vor.

14 Eine Abweichung von „Mehr als +75 %“ liegt z. B. vor, wenn ein Schulbezirk einen Ausländeranteil von 10 Prozent hat und die darin liegende Grundschule einen Anteil von 17,6 Prozent aufweist. In diesem Fall liegt der Ausländeranteil der Grundschule 76 Prozent über dem des Schulbezirks, d. h. „Mehr als +75 %“.

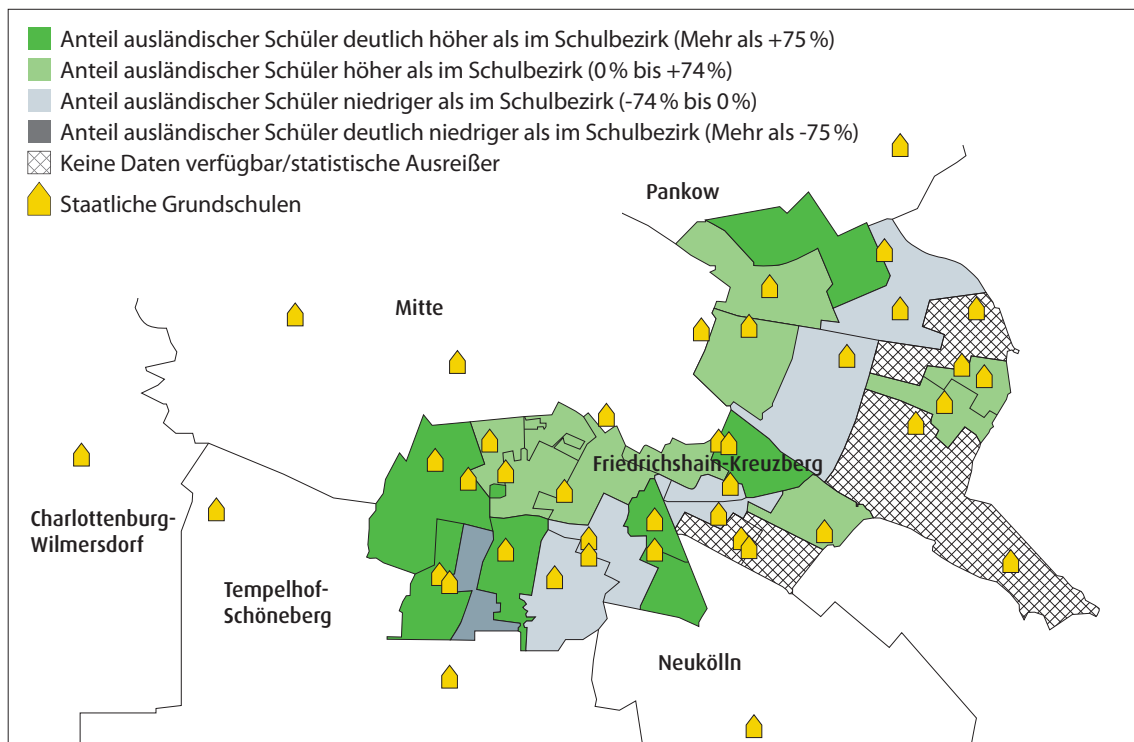


Anteil der Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache deutlich höher liegt und an diesen Schulen zwischen 60 und 98 Prozent beträgt. Viele dieser Schulen verbuchen seit Jahren sinkende Schülerzahlen (SenBJW 2012a) und werden von bildungsnahen Eltern gemieden.<sup>15</sup> Die Folge: Diese Grundschulen sind stärker segregiert als ihre Schulbezirke, auch wenn letztere bereits einen hohen Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund aufweisen. Die unterschiedliche Intensität der an Grundschulen zusätzlich entstehenden Segregation ist in Abb. 1 für Friedrichshain-Kreuzberg farblich voneinander abgesetzt: Wenn der Anteil ausländischer Schüler an einer Grundschule bis zu 74 Prozent über dem der Kinder im Grundschulalter im umgebenden Schulbezirk liegt, wurde dieser hellgrün eingefärbt. Schulbezirke, die dunkelgrün eingefärbt sind, umgeben Grundschulen deren Ausländeranteil mehr als 75 Prozent über dem des Schulbezirks liegt. Diese Grundschulen sind stark segregiert. Da Segregation in beide Richtungen wirkt, sind Schulbezirke mit einem niedrigeren Anteil aus-

ländischer Schüler ebenfalls eingefärbt: hellgrau für Grundschulen, in denen der Anteil der Kinder mit ausländischem Pass bis zu 74 Prozent unter dem Anteil in der umliegenden Wohngegend liegt, dunkelgrau für Schulen, in denen diese Quote bei 75 Prozent und höher liegt. Insgesamt unterschätzen die hier dargestellten Abweichungen das tatsächliche Ausmaß an schulischer Segregation, da schulbedingte Umzüge und die Ummeldung des Wohnsitzes der Kinder, etwa bei Verwandten, durch vorhandene Daten nicht abgebildet werden können. Wie häufig dies vorkommt, lässt eine Umfrage unter 519 Eltern im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg erahnen. Danach berichteten 6 Prozent der Eltern, dass sie eine falsche Adresse angegeben hatten, um die behördliche Schulzuweisung zu umgehen (Noreisch 2007a: 1312f).

Die beobachteten Verschiebungen finden nicht nur innerhalb von Bezirken statt: Obwohl viele Familien mehrere Schulen in direkter Nähe ihres Wohnsitzes finden, favorisiert ein nennenswerter Teil einen Schulbesuch außerhalb von Friedrichs-

**Abb.1 Anteil von Schülern mit ausländischer Staatsangehörigkeit an Grundschulen im Vergleich zum jeweiligen Schulbezirk sowie überbezirkliche Schulwahl in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, 2011**



Anmerkung: Im Schuljahr 2011/12 waren 62 Prozent der Kinder, die außerhalb von Friedrichshain-Kreuzberg eine öffentliche Grundschule besuchten, an den neun eingezeichneten Schulen in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte, Neukölln, Pankow und Tempelhof-Schöneberg angemeldet.

Quelle: SenBJW 2012a, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012c; eigene Berechnung

<sup>15</sup> Eine Ausnahme sind die Staatlichen Europa-(Grund)Schulen, die ab der 1. Klasse zweisprachigen Unterricht anbieten und speziell für bildungsnahen Familien mit und ohne Migrationshintergrund attraktiv sind.



hain-Kreuzberg. Im Schuljahr 2011/12 besuchten insgesamt 700 Schüler aus Friedrichshain-Kreuzberg eine staatliche Grundschule außerhalb des Bezirks. Das entspricht einem Anteil von 6,4 Prozent. Rund zwei Drittel aller überbezirklich ausgebildeten Kinder aus Friedrichshain-Kreuzberg wurden an den neun in Abb. 1 eingezeichneten Grundschulen in den umliegenden Bezirken unterrichtet.<sup>16</sup> Im Falle von Charlottenburg-Wilmersdorf wurden 444 Kinder (5 %) außerhalb des Bezirks beschult, aus Mitte waren es 793 Schüler (5,8 %), aus Neukölln 880 Schüler (6,5 %). Damit belegen die untersuchten Bezirke vier der ersten fünf Plätze beim überbezirklichen Schulbesuch innerhalb von Berlin. Nur der Bezirk Tempelhof-Schöneberg lag mit 7 Prozent noch darüber.

### 3.2. Schulportraits: Förderliches Lernumfeld bei hohem Zuwandereranteil

Schulen mit hohem Zuwandereranteil haben es häufig schwer, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen. Neben pädagogischen Spezialangeboten haben stark segregierte Grundschulen bundesweit in

den vergangenen Jahren versucht, eine Trendwende durch strukturelle Maßnahmen wie die Zusammenlegung von Schulen oder den Ausbau eines gebundenen Ganztagsangebots herbeizuführen. Nicht immer waren diese Anstrengungen von Erfolg gekrönt. Allein im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg blieb in den vergangenen zehn Jahren zwei Grundschulen nur die Schließung übrig, da immer mehr Eltern aktiv gegen die behördliche Schulzuweisung vorgingen. Was elterliche Schulwahlentscheidung für die Segregation von Schülerschaften im konkreten Einzelfall bedeuten kann und wie Schulen damit umgehen, zeigen beispielhaft vier Schulen in Friedrichshain-Kreuzberg (Info-Box 4).

An dieser Stelle ist das Phänomen der Segregation innerhalb von Schulen zu erwähnen, welches in dieser Untersuchung nicht erfasst wurde. Da die Effekte der Zusammensetzung der Schülerschaft primär auf Klassenebene wirken, und nicht auf Schulebene (Bellin 2009: 105), sind leistungsorientierte Spezialklassen zum Werben bildungsnaher Familien sowie nach Konfession getrennte Klassen wie sie das bayerische Schulgesetz ermöglicht,<sup>17</sup> kritisch auf ihre segregierende Wirkung zu prüfen.

#### Info-Box 4 Kurzportraits von vier Grundschulen in Friedrichshain-Kreuzberg

Ein hoher Zuwandereranteil an Grundschulen steht zwar statistisch in Verbindung mit schwächeren Schülerleistungen, muss sich aber nicht zwangsläufig negativ auf die Lernerfolge an einzelnen Schulen auswirken. Die folgenden vier Kurzportraits von Grundschulen in Friedrichshain-Kreuzberg verdeutlichen die großen Unterschiede zwischen einzelnen Grundschulen. Dabei wird deutlich, dass individuelle (Sprach)Förderung und die aktive Einbeziehung der Eltern für den Lernerfolg maßgeblich sind.

##### Aziz-Nesin-Grundschule

Die Aziz-Nesin-Grundschule im Kreuzberger Graefekiez ist eine Staatliche Europa-Grundschule, an der von der 1. Klasse an muttersprachliche Lehrkräfte bilingual auf Deutsch und Türkisch unterrichten. Auch die Betreuung im Rahmen der gebundenen Ganztagschule findet zweisprachig statt. Als Europa-Schule hat die Aziz-Nesin-Schule keinen eigenen Schulbezirk; Kinder können unabhängig von ihrem Wohnort angemeldet werden. Dabei werden die Plätze jeweils zur Hälfte an Kinder mit deutscher bzw. türkischer Muttersprache vergeben, die mindestens über Grundkenntnisse in der jeweils anderen Sprache verfügen müssen. Während das Konzept bei Eltern türkischer Herkunft stark nachgefragt ist und eine lange Warteliste besteht, gibt es weniger Bewerber mit deutscher Muttersprache. Etwa die Hälfte der 389 Schüler (Schuljahr 2011/12) ist von Zuzahlungen zu Lernmitteln befreit. Insgesamt stammen die Kinder eher aus Familien mit hohem Bildungsinteresse, allerdings erhalten nur etwa ein Viertel der Schüler in der 6. Klasse eine Förderprognose für das Gymnasium.<sup>18</sup>

16 Privatschüler wurden hierbei nicht berücksichtigt.

17 Laut Art. 49 Abs. 2 BayEUG sind Grundschulen angehalten, Schüler mit derselben Konfessionszugehörigkeit derselben Klasse zuzuweisen. Alle Grundschulen müssen bei der Einschulung das Einverständnis der Eltern zur Klassenzuweisung nach Konfession einholen.

18 Für öffentliche Grundschulen in Friedrichshain-Kreuzberg lag die Förderprognose für das Gymnasium im Schuljahr 2010/11 bei durchschnittlich 42,6 Prozent, für Berlin insgesamt bei 44,5 Prozent (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012a: 14f). Der geringere Gymnasialanteil an der Aziz-Nesin-Grundschule kann evtl. damit zusammenhängen, dass in Familien türkischer Herkunft zwar hohe Bildungsaspirationen vorhanden sind, es jedoch zum Teil an Wissen über die für den schulischen Erfolg der Kinder notwendigen Unterstützungsleistungen mangelt (Dollmann 2010).



### Fanny-Hensel-Grundschule

Die Fanny-Hensel-Grundschule liegt in einer ehemaligen Siedlung des sozialen Wohnungsbaus an der Grenze zum Bezirk Berlin-Mitte. Von den 272 Schülern (Schuljahr 2012/13) sind 93 Prozent nichtdeutscher Herkunftssprache und mehr als 80 Prozent von Zuzahlungen zu Lernmitteln befreit. Zusätzlich werden etwa 30 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ beschult. Mehr als ein Drittel der Schüler in der 6. Klasse erhielten im Schuljahr 2010/11 eine Förderprognose für das Gymnasium. Ausschlaggebend für diesen Erfolg sind aus Sicht der Schule nicht zuletzt die konsequente Sprachförderung in allen Jahrgangsstufen, eine Schulbibliothek mit mehrsprachigem Bücherbestand, die auch von Eltern genutzt wird, sowie ein weitreichendes Angebot an Leseprojekten. Die Schule überprüft außerdem regelmäßig die sprachlichen und motorischen Fähigkeiten der Schüler und greift bei Bedarf gezielt über temporäre Speziallerngruppen ein. Seit 2007 verbucht die Fanny-Hensel-Grundschule leicht sinkende Schülerzahlen, was zum Teil der Restrukturierung des umliegenden Wohngebiets geschuldet ist. Um gegenzusteuern, veranstaltet die Schule regelmäßig „Tage der offenen Tür“ und betreibt eine intensive Kontaktpflege zu den umliegenden Kindertagesstätten. So soll auch der Übergang in die Grundschule erleichtert werden. Ein wichtiges Anliegen der Schule ist das differenzierte, kompetenz- und problemorientierte Lernen. Sie hebt hierfür ihren mathematischen und naturwissenschaftlichen Schwerpunkt hervor, welcher neben durchgängiger Sprachbildung den Kern des Schulprofils bildet.

### Reinhardswald-Grundschule

Die Reinhardswald-Grundschule ist eine der am meisten nachgefragten Grundschulen in Friedrichshain-Kreuzberg. Nicht zuletzt auf Grund der hohen Gymnasialquote bei den Förderprognosen für die Sekundarstufe (68 % im Schuljahr 2010/11) ist die Schule besonders bei bildungsnahen Familien sehr gefragt: Regelmäßig übersteigen die Anmeldungen die Kapazitäten der Schule um über 100 Prozent. Nichtsdestotrotz ist rund die Hälfte ihrer 711 Schüler von der Zuzahlung zu Lernmitteln befreit, 41 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Neben der Wahl zwischen Französisch und Englisch als erster Fremdsprache verfügt die Schule u. a. über eine umfangreiche IT-Ausstattung, einen Musikschwerpunkt und eine Lernwerkstatt für selbstentdeckendes naturwissenschaftliches Lernen. Daneben integriert sie schon seit Langem Kinder mit Behinderungen in den Schulbetrieb und bemüht sich intensiv um Konflikt- und Gewaltprävention. Eltern haben die Wahl zwischen offener und gebundener Ganztagsbetreuung, wobei feste Lehrer-Erzieher-Teams den Unterricht und die Betreuung außerhalb des Unterrichts systematisch aufeinander abstimmen. Um den Übergang in weiterführende Schulen zu erleichtern, kooperiert die Schule eng mit einem renommierten Gymnasium in der Nachbarschaft.

### Rosa-Parks-Grundschule

Die Rosa-Parks-Grundschule entstand 2012 durch eine von zwei benachbarten Schulen initiierte Fusion.<sup>19</sup> An beiden Schulen waren über 70 Prozent der Eltern von Zuzahlungen zu Lernmitteln befreit; zwischen 70 und 90 Prozent haben eine andere Herkunftssprache als Deutsch.<sup>20</sup> Beide Schulen verzeichneten seit 2006 rückläufige Schülerzahlen. Mit der Zusammenlegung gab sich die gebundene Rosa-Parks-Ganztagschule ein neues Leitbild, das Vielfalt, Toleranz und individuelle (Sprach)Förderung hervorhebt. Die Schule arbeitet eng mit sozialen Initiativen und Kultureinrichtungen in der Nachbarschaft zusammen, vor allem im theaterpädagogischen Bereich. Durch regelmäßige Theaterprojekte, ein Elterncafé und weitere Begegnungsangebote bezieht die Schule Eltern aktiv in das Schulleben ein. Mithilfe gezielter Ansprache der nahegelegenen Kindertagesstätten sowie aktiver Imagepflege durch eine neue Webseite und ein aufwändig produziertes Schullied und Musikvideo umwirbt die neue Schule die im Wohnumfeld lebenden Familien. Und das mit Erfolg: Aus Sicht der Schule interessieren sich speziell bildungsnaher Familien, mit und ohne Migrationshintergrund, für das neue Angebot. Trotz hohem Zuwandereranteil im Schulbezirk sank der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund im Einschulungsjahr 2012/13 leicht auf 63 Prozent.

19 Die beiden ehemaligen Schulen sind die Paul-Dohrmann-Schule und die Niederlausitz-Grundschule. Beide Schulen sowie die neue Rosa-Parks-Grundschule sind auf Grund der Fusion, die nach dem Ende des Schuljahrs 2011/12 stattfand, dem Beobachtungszeitraum in Tab. 2, nicht in der Tabelle enthalten.

20 Dies schließt sowohl ausländische Schüler als auch deutsche Schüler mit Migrationshintergrund ein. Schüler mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Schuljahr 2010/11: 19,1 Prozent an der Niederlausitz-Grundschule und 39,5 Prozent an der Paul-Dohrmann-Schule (vgl. Tab. 2).



## 4. Motivation und Entscheidungsfaktoren für die elterliche Wahl der Grundschule

In Deutschland erfordert die Wahl einer anderen als der behördlich zugewiesenen Grundschule einen hohen Aufwand an Zeit, Durchsetzungsvermögen und Detailwissen über das Schulsystem. Ein Wechsel ist aus Elternsicht oft nicht notwendig, da die zugeteilte Schule die Erwartungen von Schülern und Eltern erfüllt. Doch selbst im Falle eines angestrebten Schulwechsels ist ‚Wahl‘ eher als Anmeldung von Präferenzen zu verstehen, da die favorisierte Schule über hinreichend Kapazitäten verfügen muss (Clausen 2008: 76). Damit entscheidet nicht zuletzt das Ausmaß der elterlichen Hartnäckigkeit über eine erfolgreiche Anmeldung an der gewünschten Grundschule. Doch warum möchten Eltern die Grundschule ihres Kindes selbst wählen? Was sind ihre wichtigsten Entscheidungsfaktoren? Und wie läuft die elterliche Schulwahl in der Praxis ab?

### 4.1. Die wichtigsten Entscheidungsfaktoren für die Wahl der Grundschule

Die von Eltern am häufigsten genannten Kriterien für ihre Entscheidung sind (1) die Länge des Schulwegs, (2) die Qualität der Schule, sowie (3) das soziale Umfeld der Schule.<sup>21</sup> Welche konkreten Maßstäbe Eltern zur Bemessung der Schulqualität oder des sozialen Umfelds ansetzen, ist unterschiedlich. Eltern sind keine homogene Gruppe: Abhängig von persönlichen Vorerfahrungen mit einer Schule oder derer anderer Eltern im Freundeskreis, sowie den Möglichkeiten, sich Informationen zu beschaffen, treffen Eltern ihre Entscheidung auf Grundlage des vorhandenen Wissens über eine Schule. Hier deutet vieles darauf hin, dass ein Teil der Eltern die Zusammensetzung der Schülerschaft und insbesondere den Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund als ein Indiz für das Leistungsniveau und die Problemdichte an der Schule ansehen. Die SVR-Integrationsbarometer 2010 und 2012 zeigten, dass viele Eltern zögern, ihr Kind an einer Schule mit hohem Anteil an Schülern nichtdeutscher Herkunft anzumelden (SVR 2010: 54ff; SVR 2012: 40ff.). Die-

ses Verhalten beruht in der Regel nicht auf einer ablehnenden Haltung gegenüber Personen mit Migrationshintergrund, denn viele Eltern befürworten grundsätzlich eine heterogene Schülerschaft und blicken auf eigene positive Erfahrungen mit Vielfalt im Schulsystem zurück (SVR 2012: 40ff). Neben der Präferenz für einen kurzen Schulweg verfolgen wechselwillige Eltern vor allem das Ziel, ihren Kindern einen erfolgreichen Start ins Schulleben zu ermöglichen (Kristen 2005: 178). Eine Schülerschaft, die zu mehr als der Hälfte aus Kindern mit Migrationshintergrund besteht, wird häufig mit mangelhaften Lernmöglichkeiten und einem problembelastetem Umfeld assoziiert (Koopmans et al. 2011: 194; Kristen 2005: 125ff.). Nationale und internationale Schulleistungstest, die das schlechte Abschneiden von Kindern mit Migrationshintergrund belegen (Stanat et al. 2012; Bos et al. 2007; Bos et al. 2008), tragen zur Verfestigung dieses Meinungsbilds bei. Da die tatsächliche Qualität einer Schule häufig nicht in Erfahrung gebracht werden kann, nehmen viele Eltern den Zuwandereranteil einer Schule als Indiz für das Lernumfeld und das Leistungsniveau.<sup>22</sup>

Anhand zahlreicher Studien belegen Bellin (2009) und Schofield (2006), dass die elterliche Zurückhaltung gegenüber segregierten Schulen nicht immer begründet ist. Sie zeigen, dass das gemeinsame Lernen leistungsschwacher und leistungsstarker Schüler für letztere kein Nachteil ist. Leistungsschwächere Schüler profitieren hingegen von Lerngruppen, die nach Leistung gemischt sind. Ferner kommt die in leistungsheterogenen Klassen häufiger praktizierte individuelle Förderung auch leistungsstarken Schülern zu Gute (Lou et al. 1996).

Viele Eltern wissen nicht, dass sie je nach Bundesland auf eine Vielzahl an Informationen über einzelne Schulen zugreifen können. Auf Grund der steigenden Nachfrageorientierung von Schulen<sup>23</sup> und einer punktuell gelockerten Informationspolitik der Schulträger sind zunehmend detaillierte Daten zu Schülerschaft, materieller und personeller Ausstattung und zum Teil sogar zu Schülerleistungen öffentlich verfügbar. Daten zur sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft wie z. B. der Anteil der Schüler, die von der Zuzahlung zu Lehrmitteln befreit sind, sind in der Regel nicht verfügbar. In Berlin, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen

21 Übereinstimmende Ergebnisse vgl. Clausen (2006), Kristen (2005), Noreisch (2007b), Riedel et al. (2010), Schneider et al. (2011).

22 Zudem bevorzugen bildungsnahe Eltern ein Schulumfeld, das ihren eigenen Bekanntenkreisen und Netzwerken ähnelt. Personen mit Migrationshintergrund sind hier häufig unterrepräsentiert (Karsten et al. 2006: 233, Noreisch 2007b: 86).

23 Seit nationale und internationale Leistungsvergleiche die Illusion der Gleichheit einzelner Schulen widerlegt haben, hat sich ein sichtbarer Wettbewerb zwischen einzelnen Schulen herausgebildet (Clausen 2008: 13ff). Um stabile Schülerzahlen zu gewährleisten und leistungsstarke Schüler anzuziehen, orientieren sich Schulen stärker an den Bedürfnissen der nachfragenden Familien und bilden ihr Schulprofil dementsprechend aus. Im Herbst 2012 boten mehr als 40 Prozent der Berliner Grundschulen einen besonderen Schwerpunkt wie z. B. sport- oder theaterbetonte Klassen; in Frankfurt am Main sind alle Grundschulen verpflichtet, ein individuelles Schulprogramm zu erstellen (SenBJW 2012b: 21; Stadt Frankfurt am Main 2012).



können Eltern über Online-Schulportale einen direkten Vergleich von Schulen vornehmen. Welche konkreten Informationen Eltern in diesen Portalen abfragen, gibt einen weiteren Hinweis auf relevante Entscheidungsfaktoren: Eine Auswertung des SVR-Forschungsbereichs der im Sommer 2012<sup>24</sup> getätigten Zugriffe auf die Schulportraits auf der Internetseite der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft ergab, dass die Zusammensetzung der Schülerschaft das am meisten abgefragte Schulmerkmal darstellt.<sup>25</sup> Diese Erkenntnis deckt sich mit den Ergebnissen von Clausen (2008), der eine Auswertung der Zugriffsdaten des Informationsportals „Schulen in Sachsen“ vornahm. Auch wenn diese Ergebnisse nicht verallgemeinert werden können, können sie durchaus als Indiz für das elterliche Interesse an den soziodemografischen Merkmalen der Schülerschaft einer Schule gelten.

## 4.2. Nur die Hälfte der Eltern erkennt ihre Wahlmöglichkeiten

Die zum Teil umfangreichen Ausnahmeregelungen in den Schulgesetzen der 16 Bundesländer deuten auf die vielfältigen Möglichkeiten der aktiven Wahl der Grundschule hin (Tab. 1). Doch nicht alle Eltern sind aktive Teilnehmer im Schulwahlprozess ihrer Kinder: Kristens (2005) empirische Untersuchung zeigt am Beispiel der Stadt Essen, dass ein Großteil der Eltern nicht über ihre Wahlmöglichkeiten informiert ist. Laut Kristen besteht die Wahl einer Schule aus den folgenden Phasen:

Phase 1: Wahrnehmung der Wahlmöglichkeit von alternativen Schulen

Phase 2a: Vergleich zwischen Schulen (sofern Alternativen vorhanden sind)

Phase 2b: Wahl einer Schule<sup>26</sup>

Phase 3: Zulassung zur Schule

Ihre Untersuchung ergab, dass 43 Prozent der Eltern ohne Migrationshintergrund bereits in Phase 1 des Schulwahlprozesses ausscheiden, da sie die ihnen zur Verfügung stehenden Wahlmöglichkeiten nicht wahrnehmen. Dies ist bei Eltern türkischer Herkunft

mit 57 Prozent stärker ausgeprägt (Kristen 2005: 63).<sup>27</sup> Insgesamt kennen 45 Prozent aller Eltern ihre Wahlmöglichkeiten nicht.

Die Eltern, die schulische Alternativen erkennen und vergleichen (Phase 2a) und ihr Kind an einer bestimmten Schule anmelden möchten, versuchen dies über die verschiedensten Kanäle der Einflussnahme (Phase 2b): Während manche Eltern bei der Schulverwaltung oder sogar einzelnen Schulleitern und Lehrern vorsprechen, umgehen andere die Schulbezirksregelung, indem sie den Wohnsitz ihrer Kinder bei Verwandten oder Freunden im gewünschten Schulbezirk anmelden (Noreisch 2007a: 1312). Wieder andere legen Widerspruch ein, ergreifen Rechtsmittel<sup>28</sup> oder weichen auf Schulen aus, die an keinen Schulbezirk gebunden sind. Hier bestehen je nach Bundesland verschiedene Regelungen mit entsprechend unterschiedlicher Umsetzung in den Kommunen. Davon betroffen sind häufig Schulen mit speziellem pädagogischem Angebot wie die zweisprachigen Staatlichen Europa-(Grund)Schulen in Berlin oder Sportschulen in Sachsen.<sup>29</sup>

Die Untersuchungen von Noreisch (2007a), Schneider et al. (2011) und Kristen (2005) ergaben, dass die überwiegende Mehrheit der Eltern in Phase 2b des Schulwahlprozesses ihr Kind erfolgreich an einer der gewünschten Schulen anmeldet. Die Zulassung durch die Schule oder die zuständige Behörde (Phase 3) erfolgt also in den allermeisten Fällen. Fazit: Die Wahl der Grundschule hängt primär davon ab, ob und wie gut Eltern über ihre Wahlmöglichkeiten informiert sind.

## 4.3. Freie Schulwahl verstärkt die Segregation

Welche Zusammensetzung der Schülerschaft würde eine freie Schulwahl ohne jede Form von behördlicher Schulzuweisung mit sich bringen? Würde eine freie Schulwahl der Segregation entgegenwirken? Mehrere Studien belegen das Gegenteil: Riedel et al. (2010) zeigen am Beispiel Wuppertals, dass sich mit Einführung der freien Schulwahl in Nordrhein-

24 Die Analyse wurde mithilfe der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG durchgeführt und wertet alle 856.723 Zugriffe (*page impressions*) auf die Schulportraits auf den Internetseiten der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft aus, die zwischen dem 01.06.2012 und 16.09.2012 getätigt wurden (BerlinOnline 2012).

25 Weitere Merkmale waren u. a. Personal, sächliche Ressourcen, Schulprogramm und Schulinspektionsberichte (nur für wenige Schulen verfügbar).

26 In Kristen (2005) werden Phasen 2a und 2b als eine Phase betrachtet.

27 Kristen (2005) betrachtete Unterschiede zwischen Eltern ohne Migrationshintergrund und Eltern mit türkischem Migrationshintergrund.

28 In Hamburg gingen im Rahmen der Einschulungen im Schuljahr 2012/13 insgesamt 220 Widersprüche (1,7 Prozent aller Einschulungen) bei der Rechtsabteilung der Hamburger Schulbehörde ein. Zeitgleich zählte die zuständige Kammer des Berliner Verwaltungsgerichts 129 Verfahren (Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg 2012; Verwaltungsgericht Berlin 2012).

29 [http://www.berlin.de/sen/bildung/besondere\\_angebote/staatl\\_europaschule/](http://www.berlin.de/sen/bildung/besondere_angebote/staatl_europaschule/), <http://www.sportgrundschule.de>



Westfalen der Dissimilaritätsindex von 29 Prozent auf 38 Prozent erhöht hat.<sup>30</sup> Diese Wirkung wird in internationalen Studien bestätigt (Ladd/Fiske/Ruijs 2010: 4).<sup>31</sup> Eltern verfügen selten über ausreichend Ressourcen und Entscheidungskompetenzen, um eine rationale Schulwahl treffen zu können (Clausen 2008: 62). Entgegen der theoretischen Annahme, dass Eltern anhand des Leistungsniveaus einer Schule entscheiden, kommen oft stellvertretende Faktoren wie der Zuwandereranteil als Indiz für die Qualität einer Grundschule zum Tragen. Hinzu kommt, dass Eltern mit einem hohen sozioökonomischen Status eher in der Lage sind, sich die nötigen Informationen für eine Schulwahl zu beschaffen und zu bewerten. Zudem wirkt sich ihr Status auch auf die kognitiven Grundfähigkeiten der Kinder aus. Die Folge ist, dass leistungsstarke Kinder aus meist gut situierten Elternhäusern häufiger die Schule wechseln als leistungsschwache Schüler. Die soziale Herkunft ist ein maßgeblicher Faktor dafür, dass nahezu 60 Prozent der Zuwandererfamilien die ihnen zur Verfügung stehenden Wahlmöglichkeiten nicht wahrnehmen (Kristen 2005: 63ff.). Somit kommt eine freie Schulwahl in erster Linie den künftigen Familien – zumeist ohne Migrationshintergrund – zugute.

## 5. Handlungsempfehlungen

Schulische Segregation wirkt sich auf die Lernchancen von Schülern aus und damit auf ihre späteren Berufschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Politik, Gesellschaft und die Schulen selbst stehen daher vor der Herausforderung, die negativen Folgen schulischer Entmischungsprozesse zu verringern. Um dies zu erreichen, kann weder auf die freie Schulwahl noch auf eine erzwungene Mischung von Schulklassen gesetzt werden. Sinnvolle Maßnahmen zur Lösung dieses Problems müssen daher bei den Lernmöglichkeiten der Kinder an segregierten Schulen ansetzen. Ein förderliches Lernumfeld und ein attraktives Schulprofil wirken sich wie anhand der elterlichen Entscheidungsfaktoren beschrieben, letztendlich auch auf das Schulwahlverhalten von Eltern aus, wenn diese ausreichend über die Qualität der Schule informiert sind und der Schule vertrauen. Viele Maßnahmen bedürfen der

Landesförderung, aber auch vor Ort können Schulen, Eltern und Schulträger viel bewegen. Drei Maßnahmen stehen hier im Vordergrund:

- Kooperative Elternarbeit
- Vernetzung mit externen Partnern
- Koordinierte und zielgerichtete Lehrerfortbildung

### 5.1. Kooperative Elternarbeit

Im Gegensatz zu späteren Bildungsentscheidungen wird die Wahl der Grundschule in erster Linie durch die Eltern getroffen. Schulen mit hohem Zuwandereranteil haben hier häufiger mit elterlichen Vorbehalten zu kämpfen und verlieren viele Eltern an andere Schulen (SVR 2012: 40ff.). Die frühzeitige und proaktive Einbindung von Eltern, etwa durch die Zusammenarbeit mit Kindertagesstätten, das Ansprechen von Elterninitiativen und die Möglichkeit von Hospitationen kann Misstrauen abbauen und die Abwanderung bildungsnaher Familien mindern (Sacher 2012a: 237). Diese Elternarbeit muss nicht zwangsläufig von Seiten der Schulen initiiert werden. Auch Eltern können sich schon vor der Einschulung vernetzen und auf die Schulen zugehen.<sup>32</sup>

Neben dem Vertrauensaufbau zwischen Schule und Elternhaus kommt der Elternarbeit eine wichtige Rolle bei der Leistungsentwicklung der Schüler zu: Eltern, die das schulische und häusliche Lernen ihrer Kinder fördern, sowie die familiären Bildungserwartungen und -entscheidungen spielen eine entscheidende Rolle für den Bildungserfolg der Kinder (Friedrich/Siegert 2009: 10f; Sacher 2012a: 233ff.). Insbesondere Eltern aus bildungsfernen Schichten wissen oft nicht, wie sie den Lernprozess ihrer Kinder unterstützen können (Sacher 2012a: 235ff.). Hier muss gezielte, aktive Elternarbeit ansetzen, die sich nicht auf problemveranlasste oder kollektive Kontakte wie Elternabende beschränkt, sondern vor allem zum Ziel hat, Eltern die Kompetenzen zu vermitteln, den Lern- und Entwicklungsprozess ihrer Kinder aktiv zu fördern und zu begleiten (Sacher 2012b). Eltern können so den Lernerfolg ihrer Kinder nachhaltig verbessern (Friedrich/Siegert 2009; Lösel/Runkel 2012).<sup>33</sup> Eine der größten Herausforderungen ist es, Eltern zur aktiven Teilnahme an bestehenden Angeboten zu bewegen: Für Eltern mit Migrationshintergrund haben sich hier insbesondere Multipli-

30 Riedel et al. (2010) verwenden den Dissimilaritätsindex, um zu messen, wie viel Prozent der Grundschüler wechseln müssen, um eine gleiche Verteilung der Schüler mit deutscher Staatsbürgerschaft zu erlangen, vgl. auch Info-Box 1.

31 Ähnliches gilt für andere Quasi-Marktinstrumente wie Bildungsgutscheine (Oelkers 2007).

32 Die Berliner Elterninitiative „Kiezschule für alle“ motiviert bildungsnaher Eltern beispielsweise zu Unterrichtshospitationen vor der Schulanmeldung, um Kontakte zu erleichtern und Misstrauen abzubauen (<http://www.kiezschule-fuer-alle.de/>).

33 Ein enger Austausch zwischen Schule und Eltern erleichtert auch die Arbeit der Lehrkräfte, die außerdem von den Eltern wichtige Informationen über ihre Schüler erhalten und dadurch eine individuelle Förderung besser gewährleisten können (vgl. Neuenschwander et al. 2004).



katorenprogramme wie sog. Stadtteilmütter<sup>34</sup> und Bildungspatenschaften als wirkungsvoll erwiesen (Michalek/Laros 2008).<sup>35</sup>

## 5.2. Vernetzung mit externen Partnern

Die gezielte Vernetzung von Schulen mit externen Partnern wie Vereinen und Kultureinrichtungen, aber auch Trägern der Jugendhilfe und anderen Bildungsinstitutionen unterstützt die Schule bei der Weiterentwicklung ihres schulischen Angebots, des Unterrichts, sowie der Qualifizierung ihres Personals (Behr-Heintze/Lipski 2005; Berkemeyer et al. 2011). Die Ergebnisse der mit dieser Vernetzung verbundenen Schulentwicklungsprozesse können sich positiv auf die Lernmöglichkeiten und somit die Attraktivität einer Schule auswirken.

Durch **Vernetzung mit anderen Schulen** können Innovationen angeregt, Lehrkräfte weitergebildet und entlastet sowie die Unterrichtsqualität verbessert werden. Vernetzte Schulen geben einander Anregungen und Ideen und unterstützen sich gegenseitig bei deren Umsetzung (Muijs et al. 2004: 165). Ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist das Projekt „Schulen in Team“, welches seit 2007 die Vernetzung von mehr als hundert Schulen in Nordrhein-Westfalen fördert.<sup>36</sup> Insbesondere der fachliche Austausch der Lehrkräfte und die gemeinsame Entwicklung neuer Unterrichtskonzepte und -materialien führte in diesem und anderen Modellprojekten zu methodischen Innovationen und besseren Lernleistungen der Schüler (Berkemeyer et al. 2010; Earl et al. 2006). Ferner erleichtert die vertikale Vernetzung mit Einrichtungen frühkindlicher Bildung sowie weiterführenden Schulen die Übergänge von einer Institution in die andere (Programmstelle „Lernen vor Ort“ 2011).

Auch die **Vernetzung mit außerschulischen Partnern** wie Vereinen, Kultureinrichtungen, Unternehmen und Trägern der Jugendhilfe erlaubt es den Schulen, individuelle Interessen und Begabungen der Schüler zu entdecken und zu fördern. Die koordinierte Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit und Jugendhilfe ermöglicht, Kinder durch alle Bildungsphasen zu begleiten und hat oft positive Auswirkungen auf das Schulklima (Behr-Heintze/Lipski 2005). Die Vernetzung mit außerschulischen Partnern begünstigt zudem die durchgängige Sprachbildung. Das zeigt auch das länderübergreifende Modell-

projekt FörMig, welches zwischen 2004 und 2009 Entwicklungspartnerschaften zwischen Schulen und externen Partnern gezielt unterstützt hat. Auch die 2013 anlaufende fünfjährige Bund-Länder-Initiative „Bildung durch Sprache und Schrift“ (BISS) setzt auf Vernetzung und fördert Verbände von Schulen und Kindertagesstätten zur Sprach- und Leseförderung in allen Bundesländern.<sup>37</sup>

Durch die koordinierte **Vernetzung im Quartier** können Schulen außerdem eine wichtige Rolle bei Stadtteilentwicklung und sozialer Integration spielen (Baumheier/Warsewa 2009). Die damit einhergehende Aufwertung des Wohngebiets kann helfen, den Wegzug von bildungsnahen Familien zu verhindern.

## 5.3. Koordinierte und zielgerichtete Lehrerfortbildung

Für die meisten Eltern, die ihr Kind an einer anderen als der behördlich zugewiesenen Grundschule anmelden, steht neben einem möglichst kurzen Schulweg die Verbesserung der Lernmöglichkeiten für ihren Nachwuchs im Vordergrund. Diese Möglichkeiten sind eng mit dem Qualifikationsniveau und der fortlaufenden personellen Entwicklung der an der Schule tätigen Lehrkräfte, Erzieher, Verwaltungskräfte sowie der Schulleitung verbunden (Rolff et al. 2011: 18ff). An Schulen mit hohem Zuwandereranteil sind in der Regel ein besonders hohes Maß an individueller Unterrichtsgestaltung und Sprachförderung nötig. Das individuelle Lernen kommt auch bildungsnahen Schülern ohne Migrationshintergrund zugute. Die hierfür benötigten Kompetenzen werden allerdings in vielen pädagogischen Ausbildungsgängen nach wie vor als Werkzeuge für die Bewältigung von ‚Spezialproblemen‘ betrachtet. Somit sind selbst junge Lehrkräfte und Erzieher nur selten ausreichend dafür qualifiziert (Gogolin/Neumann/Roth 2003: 87ff.). Sie haben zwar die Möglichkeit, ihre gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungstage eigenständig für entsprechende Nachqualifizierungen zu nutzen, doch oft verhindern das unübersichtliche Fortbildungsangebot, die mangelnde Verbindlichkeit und die oft nur losen Anknüpfungsmöglichkeiten an die eigene Ausbildung eine sinnvolle Inanspruchnahme von Fortbildungschancen. Fortbildungen zu wich-

34 Stadtteilmütter unterstützen Schulen dabei, mit schwer erreichbaren Familien mittels direkter Ansprache und niedrigschwelliger Angebote in Kontakt zu treten.

35 Die Kurzinformation „Baustelle Elternarbeit“ des SVR-Forschungsbereichs bietet eine Bestandsaufnahme der Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus und gewährt einen tieferen Einblick in die wichtigsten Trends und Herausforderungen kooperativer Elternarbeit.

36 Die Stiftung Mercator ist Förderer der Schulentwicklungsprojekte „Schulen im Team“ und FörMig, Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

37 <http://www.foermig.uni-hamburg.de>, <http://www.bmbf.de/press/3357.php>



tigen Querschnittsthemen wie Sprachbildung und schulinterne Curricula verbessern vor allem dann die Lernmöglichkeiten an einer Schule, wenn diese vom gesamten Kollegium besucht werden (Hansisch/Lichtenfeld 2009: 19). Hier ist insbesondere das Engagement der Schulleitung bzw. des Fortbildungsbeauftragten gefragt. Auch der Schulträger kann mittels Zielvereinbarungen Einfluss auf das Thema und den Modus der Fortbildung nehmen. Vor allem selbstständige Einzelschulen praktizieren u. a. schulinterne Fortbildung und regelmäßigen Wissensaustausch, nehmen jährliche Bedarfsanalysen für weitere Fortbildungen vor und werten das Qualifikationsniveau ihrer Mitarbeiter aus (Kling/Spethmann 2009: 172ff). Die allgemeine schulische Realität sieht allerdings anders aus: Die unkoordinierte, individuelle Fortbildung beschreibt für viele Schulen und Lehrkräfte den Regelzustand. Sie folgt häufig einer Lehrerausbildung, die den Umgang mit kognitiver, kultureller und sprachlicher Heterogenität eher als Zusatz denn als Kernelement der Lehrertätigkeit versteht (Gogolin/Neumann/Roth 2003: 89). Das Ergebnis ist die Fortsetzung der Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Familien, häufig mit Migrationshintergrund. Erst eine koordinierte und zielgerichtete Fortbildung des Personals einer Schule kann hier Abhilfe schaffen und die Lernmöglichkeiten der gesamten Schülerschaft verbessern.

## 6. Ausblick

Damit die hier beschriebenen Handlungsempfehlungen gewinnbringend umgesetzt werden, bedarf es der gezielten Kooperation zwischen Eltern, Schulen, Schulträgern und externen Partnern. Vieles kann, wie bereits angedeutet, auf der Ebene der einzelnen Schule bewirkt werden. Um die durch schulische Segregation verstärkte Ungleichverteilung von Lernchancen in der Breite zu bekämpfen, bedarf es allerdings zusätzlicher struktureller Maßnahmen, die zumeist auf der Länderebene zu schaffen sind. Ein Beispiel hierfür ist eine gezielte Unterstützung der Schulen auf Basis von Sozialindizes, die den Förderbedarf einzelner Schulen anhand verschiedener Indikatoren der Schule und ihres sozialen Umfelds (Arbeitslosenquote, durchschnittliche Kaufkraft, etc.) ermitteln. Diese und andere Maßnahmen werden im Rahmen einer Studie des SVR-Forschungsbereichs zur Bildungssegregation in Deutschland untersucht. Fokus der Studie werden die leistungsmindernden Effekte von segregierten Schulen und detaillierte Handlungsempfehlungen für Schulen und schulpolitische Akteure in Kommunen und Ländern sein. Die Studie wird im Sommer 2013 veröffentlicht.





Tab. 3 Ausländeranteil an Grundschulen und bei im Schulbezirk lebenden 6- bis 12-jährigen in Berlin  
Charlottenburg-Wilmersdorf, 2011

Schulname	Ausländeranteil in Grundschule (Schuljahr 2011/12)	Ausländeranteil im Schulbezirk, 6–12 Jahre (2011)	Abweichung zwischen Grundschule und Schulbezirk
Katharina-Heinroth-Grundschule (Europa-Schule)	51,2 %	13,7 %	Mehr als +75 %
Charles-Dickens-Grundschule (Europa-Schule)	31,0 %	5,3 %	Mehr als +75 %
Reinhold-Otto-Grundschule	25,8 %	13,5 %	Mehr als +75 %
Nehring-Grundschule	25,7 %	7,2 %	Mehr als +75 %
Joan-Miró-Grundschule (Europa-Schule)	24,8 %	11,4 %	Mehr als +75 %
Ernst-Habermann-Grundschule	22,6 %	6,4 %	Mehr als +75 %
Helmuth-James-von-Moltke-Grundschule	22,3 %	14,3 %	0 % bis +74 %
Eichendorff-Grundschule	22,1 %	12,6 %	Mehr als +75 %
Mierendorff-Grundschule	20,9 %	14,4 %	0 % bis +74 %
Ludwig-Cauer-Grundschule	19,0 %	13,0 %	0 % bis +74 %
Carl-Orff-Grundschule	16,2 %	8,3 %	Mehr als +75 %
Cecilien-Grundschule	15,0 %	9,7 %	0 % bis +74 %
Schinkel-Grundschule	14,2 %	9,0 %	0 % bis +74 %
Birger-Forell-Grundschule	14,1 %	9,4 %	0 % bis +74 %
Halensee-Grundschule	13,6 %	9,8 %	0 % bis +74 %
Erwin-von-Witzleben-Grundschule	12,6 %	8,4 %	0 % bis +74 %
Johann-Peter-Hebel-Grundschule	11,8 %	12,0 %	-74 % bis 0 %
Grunewald-Grundschule	10,4 %	12,4 %	-74 % bis 0 %
Lietensee-Grundschule	7,9 %	9,3 %	-74 % bis 0 %
Alt-Schmargendorf-Grundschule	5,9 %	10,4 %	-74 % bis 0 %
Dietrich-Bonhoeffer-Grundschule	5,4 %	6,8 %	-74 % bis 0 %
Grundschule am Rüdeshheimer Platz	4,9 %	10,0 %	-74 % bis 0 %
Wald-Grundschule	3,9 %	7,3 %	-74 % bis 0 %

Anmerkung: Staatliche Europa-Schulen bieten zweisprachigen Unterricht ab der 1. Klasse, was speziell für bildungsnahe Familien mit und ohne Migrationshintergrund von Interesse ist. Im Berliner Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf sind vier Europa-Schulen angesiedelt. Die Judith-Kerr-Grundschule (Europa-Schule) wurde in der Analyse nicht berücksichtigt.

Quelle: SenBJW 2012a, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012c; eigene Berechnung



Tab. 4 Ausländeranteil an Grundschulen und bei im Schulbezirk lebenden 6- bis 12-jährigen in Berlin-Mitte, 2011

Schulname	Ausländeranteil in Grundschule (Schuljahr 2011/12)	Ausländeranteil im Schulbezirk, 6-12 Jahre (2011)	Abweichung zwischen Grundschule und Schulbezirk
Albert-Gutzmann-Schule	50,0 %	24,1 %	Mehr als +75 %
Grundschule Neues Tor (Europa-Schule)	48,3 %	11,4 %	Mehr als +75 %
Gesundbrunnen-Grundschule	38,3 %	24,9 %	0 % bis +74 %
Humboldthain-Grundschule	37,6 %	24,1 %	0 % bis +74 %
Brüder-Grimm-Grundschule	32,3 %	24,1 %	0 % bis +74 %
Wedding-Grundschule	32,3 %	24,1 %	0 % bis +74 %
Carl-Bolle-Grundschule	31,3 %	15,2 %	Mehr als +75 %
Allegro-Grundschule	31,2 %	21,9 %	0 % bis +74 %
Carl-Kraemer-Grundschule	29,5 %	24,9 %	0 % bis +74 %
Grundschule am Brandenburger Tor (Europa-Schule)	29,3 %	17,0 %	0 % bis +74 %
Rudolf-Wissell-Grundschule	27,5 %	24,9 %	0 % bis +74 %
GutsMuths-Grundschule	26,9 %	11,8 %	Mehr als +75 %
Leo-Lionni-Grundschule	26,6 %	24,1 %	0 % bis +74 %
Andersen-Grundschule	25,1 %	24,9 %	0 % bis +74 %
Wilhelm-Hauff-Grundschule	24,2 %	24,9 %	-74 % bis 0 %
Erika-Mann-Grundschule	22,9 %	17,5 %	0 % bis +74 %
Kurt-Tucholsky-Grundschule	20,5 %	15,4 %	0 % bis +74 %
Anna-Lindh-Schule	19,8 %	17,5 %	0 % bis +74 %
Heinrich-Seidel-Grundschule	19,1 %	11,8 %	0 % bis +74 %
Hansa-Grundschule	18,9 %	15,2 %	0 % bis +74 %
Miriam-Makeba-Grundschule	18,7 %	15,2 %	0 % bis +74 %
Gottfried-Röhl-Grundschule	18,1 %	17,5 %	0 % bis +74 %
Vineta-Grundschule	17,5 %	11,8 %	0 % bis +74 %
Papageno-Grundschule	15,7 %	11,8 %	0 % bis +74 %
Moabiter Grundschule	14,4 %	15,4 %	-74 % bis 0 %
Gustav-Falke-Grundschule	14,0 %	11,8 %	0 % bis +74 %
Anne-Frank-Grundschule	12,5 %	15,4 %	-74 % bis 0 %
Möwensee-Grundschule	11,6 %	17,5 %	-74 % bis 0 %
City-Grundschule	11,0 %	14,5 %	-74 % bis 0 %
Kastanienbaum-Grundschule	10,4 %	11,8 %	-74 % bis 0 %
Grundschule am Arkonaplatz (Europa-Schule)	8,7 %	11,8 %	-74 % bis 0 %
46. Grundschule	6,6 %	11,8 %	-74 % bis 0 %

Anmerkung: Der Bezirk Mitte entstand im Jahr 2001 durch die Fusion des Ostberliner Bezirks Mitte mit den beiden Westberliner Bezirken Wedding und Tiergarten. Letztere haben einen hohen Anteil an Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Staatliche Europa-Schulen bieten zweisprachigen Unterricht ab der 1.Klasse, was speziell für bildungsnahen Familien mit und ohne Migrationshintergrund von Interesse ist. In Berlin-Mitte sind drei Europa-Schulen angesiedelt.

Quelle: SenBJW 2012a, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012c; eigene Berechnung



Tab. 5 Ausländeranteil an Grundschulen und bei im Schulbezirk lebenden 6- bis 12-jährigen in Berlin-Neukölln, 2011

Schulname	Ausländeranteil in Grundschule (Schuljahr 2011/12)	Ausländeranteil im Schulbezirk, 6-12 Jahre (2011)	Abweichung zwischen Grundschule und Schulbezirk
Eduard-Mörrike-Schule	80,9 %	24,3 %	Mehr als +75 %
Richard-Schule	68,7 %	27,9 %	Mehr als +75 %
Elbe-Schule	49,4 %	15,9 %	Mehr als +75 %
Hermann-Boddin-Schule	48,7 %	30,9 %	0 % bis +74 %
Hans-Fallada-Schule	44,0 %	25,1 %	Mehr als +75 %
Konrad-Agahd-Schule	43,0 %	29,0 %	0 % bis +74 %
Rixdorfer Schule	38,3 %	30,2 %	0 % bis +74 %
Silberstein-Schule	38,0 %	30,0 %	0 % bis +74 %
Theodor-Storm-Schule	35,7 %	15,8 %	Mehr als +75 %
Karl-Weise-Schule	32,7 %	21,1 %	0 % bis +74 %
Löwenzahn-Schule	32,3 %	25,8 %	0 % bis +74 %
Hermann-Sander-Schule	29,1 %	24,1 %	0 % bis +74 %
Karls Garten-Schule	29,0 %	16,4 %	Mehr als +75 %
Schule in der Köllnischen Heide	22,5 %	20,2 %	0 % bis +74 %
Peter-Petersen-Schule	21,2 %	29,3 %	-74 % bis 0 %
Herman-Nohl-Schule (Europa-Schule)	21,0 %	10,5 %	Mehr als +75 %
Sonnen-Schule	21,0 %	15,5 %	0 % bis +74 %
Walt-Disney-Schule	20,5 %	10,2 %	Mehr als +75 %
Regenbogen-Schule (Europa-Schule)	20,3 %	16,6 %	0 % bis +74 %
Zürich-Schule	20,2 %	9,1 %	Mehr als +75 %
Schule am Teltowkanal	17,6 %	17,3 %	0 % bis +74 %
Janusz-Korczak-Schule	15,5 %	14,7 %	0 % bis +74 %
Schule am Fliederbusch	11,7 %	6,2 %	Mehr als +75 %
Schule am Regenweiher	11,6 %	5,4 %	Mehr als +75 %
Lisa-Tetzner-Schule	9,6 %	10,0 %	-74 % bis 0 %
Rose-Oehmichen-Schule	9,4 %	5,7 %	0 % bis +74 %
Hugo-Heimann-Schule	8,5 %	7,7 %	0 % bis +74 %
Wetzlar-Schule	7,3 %	6,3 %	0 % bis +74 %
Martin-Lichtenstein-Schule	6,0 %	7,8 %	-74 % bis 0 %
Oskar-Heinroth-Schule	4,8 %	5,0 %	-74 % bis 0 %

Anmerkung: Die Bruno-Taut-Schule, die Christoph-Ruden-Schule, die Schule am Sandsteinweg, die Matthias-Claudius-Schule, die Michael-Ende-Schule und die Schliemann-Schule wurden auf Grund des sehr niedrigen Ausländeranteils ihres Wohnumfelds als statistische Ausreißer behandelt und nicht in der Analyse berücksichtigt. Außen vor bleiben auch die Gemeinschaftsschulen Franz-Schubert-Schule und Fritz-Karsen-Schule. Staatliche Europa-Schulen bieten zweisprachigen Unterricht ab der 1.Klasse, was speziell für bildungsnahe Familien mit und ohne Migrationshintergrund von Interesse ist. In Berlin-Neukölln sind zwei Europa-Schulen angesiedelt.

Quelle: SenBJW 2012a, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2012c; eigene Berechnung



## Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2012a: Absolventen/Abgänger der allgemeinbildenden Schulen im Land Berlin 2011, Schülerbewegung. Statistischer Bericht B I 5 - j / 11, Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2012b: Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 30. Juni 2012. Statistischer Bericht A I 5 - hj 1 / 12, Potsdam.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg* 2012c: Melde-rechtlich registrierte Einwohnerinnen und Einwohner am Ort der Hauptwohnung am 31.12.2011 in ausgewählten Bezirken. Daten vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zur Verfügung gestellt.
- Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer* 2006: Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus, in: Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer (Hrsg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden, 95–188.
- Baumheier, Ulrike/Warsewa, Günter* 2009: Vernetzte Bildungslandschaften. Internationale Erfahrungen und Stand der deutschen Entwicklung, in: Bleckmann, Peter/Durdel, Anja (Hrsg.): Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztags-schulen und Kommunen, Wiesbaden, 19–36.
- Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg* 2012: Schuljahresbeginn: Erstwünsche der Eltern für 1. und 5. Klassen können weitestgehend erfüllt werden. Pressemitteilung vom 27.07.2012. (<http://www.hamburg.de/bsb-pressemitteilungen/nofl/3523902/2012-07-27-bsb-schuljahresbeginn.html>, 30.10.2012)
- Behr-Heintze, Andrea/Lipski, Jens* 2005: Schulkooperationen. Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zwischen Schulen und ihren Partnern. Ein Forschungsbericht, Schwalbach im Taunus.
- Bellin, Nicole* 2009: Klassenkomposition, Migrationshintergrund und Leistung. Mehrebenenanalysen zum Sprach- und Leseverständnis von Grundschul-lern, Wiesbaden.
- Berkemeyer, Nils/Bos, Wilfried/Järvinen, Hanna/van Holt, Nils* 2011: Unterrichtsentwicklung in schulischen Netzwerken, in: Zeitschrift für Bildungsforschung, 1: 2, 115–132.
- Berkemeyer, Nils/Manitius, Veronika/Müthing, Kathrin/Bos, Wilfried* 2010: Ergebnisse nationaler und internationaler Forschung zu schulischen Innovationsnetzwerken, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 12: 4, 667–689.
- BerlinOnline* 2012: Zugriffe auf Berliner Schuldatenbank. Daten von der BerlinOnline Stadtportal GmbH & Co. KG zur Verfügung gestellt.
- Bos, Wilfried/Bonsen, Martin/Baumert, Jürgen/Prenzel, Manfred/Selter, Christoph/Walther, Gerd* 2008: TIMSS 2007. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich, Münster.
- Bos, Wilfried/Hornberg, Sabine/Arnold, Karl-Heinz/Faust, Gabriele/Fried, Lilian/Lankes, Eva-Maria/Schwippert, Knut/Valtin, Renate* 2007: IGLU 2006. Lesekompetenzen von Grundschulern in Deutschland im internationalen Vergleich, Münster.
- Brake, Klaus* 2012: Berlin – relative Reurbanisierung einer gewendeten Stadt, in: Brake, Klaus/Herfert, Günter (Hrsg.): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland, Wiesbaden, 258–286.
- Clausen, Marten* 2006: Warum wählen Sie genau diese Schule? Eine inhaltsanalytische Untersuchung elterlicher Begründung der Wahl der Einzelschule innerhalb eines Bildungsgangs, in: Zeitschrift für Pädagogik, 52: 1, 69–90.
- Clausen, Marten* 2008: Einzelschulwahl. Zur Wahl der konkreten weiterführenden Einzelschule aus Sicht von Bildungsnachfragenden und Bildungsanbietern. Habilitation an der Universität Mannheim.
- Dietze, Torsten* 2011: Zum Übergang auf weiterführende Schulen. Auswertung schulstatistischer Daten aus 10 Bundesländern, Frankfurt am Main.
- Dollmann, Jörg* 2010: Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte, Wiesbaden.
- Earl, Lorna/Katz, Steven/Elgie, Susan/Jaafar, Sonia/Foster, Leanne* 2006: How Networked Learning Communities Work: The Report, Toronto.
- Friedrich, Lena/Siegert, Manuel* 2009: Förderung des Bildungserfolgs von Migranten. Effekte familienorientierter Projekte. Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch Zusammenarbeit mit den Eltern, Nürnberg.



- Gogolin, Ingrid/Neumann, Ursula/Roth, Hans-Joachim* 2003: Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Expertise für die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn.
- Hanisch, Rolf/Lichtenfeld, Mathias* 2009: Trends und Tendenzen in der Lehrkräftefortbildung, in: PÄD-Forum: unterrichten erziehen, 37/28: 1, 17–20.
- Häußermann, Hartmut* 2007: Ihre Parallelgesellschaften, unser Problem. Sind Migrantenviertel ein Hindernis für Integration?, in: Leviathan, 35: 4, 458–469.
- Karsten, Sjoerd/Felix, Charles/Ledoux, Guuske/Meijnen, Wim/Roeleveld, Jaap/Van Schooten, Erik* 2006: Choosing Segregation or Integration? The Extent and Effects of Ethnic Segregation in Dutch Cities, in: Education and Urban Society, 38: 2, 228–247.
- Katzenbach, Dieter/Rauer, Wulff/Schuck, Karl/Wudtke, Hubert* 1999: Die Integrative Grundschule im sozialen Brennpunkt. Ergebnisse empirischer Längsschnittuntersuchungen des Hamburger Schulversuchs, in: Zeitschrift für Pädagogik, 45: 4, 567–590.
- Kling, Andrea/Spethmann, Eckhard* 2009: Schulspezifische Fortbildungsplanung mit Portfolioarbeit, in: Huber, Stephan (Hrsg.): Handbuch für Steuergruppen. Grundlagen für die Arbeit in zentralen Handlungsfeldern des Schulmanagements, Köln, 154–182.
- Konsortium Bildungsberichterstattung* 2006: Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld.
- Koopmans, Ruud/Dunkel, Anna/Schaeffer, Merlin/Veit, Susanne* 2011: Ethnische Diversität, soziales Vertrauen und Zivilengagement. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Kristen, Cornelia* 2005: School Choice and Ethnic School Segregation: Primary School Selection in Germany, Münster/New York.
- Ladd, Helen/Fiske, Edward/Ruijs, Nienke* 2010: Parental Choice in the Netherlands: Growing Concerns about Segregation. Sanford Working Paper Series, Durham.
- Lösel, Friedrich/Runkel, Daniela* 2012: Empirische Forschungsergebnisse im Bereich Elternbildung und Elterntraining, in: Stange, Waldemar et al. (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Grundlagen und Strukturen von Elternarbeit, Wiesbaden, 267–278.
- Lou, Yiping/Abrami, Philip/Spence, John/Poulsen, Catherine/Chambers, Bette/d'Appolonia, Sylvia* 1996: Within-Class Grouping: A Meta-Analysis, in: Review of Educational Research, 66: 4, 423–458.
- Michalek, Ruth/Laros, Anna* 2008: Multiplikatorenmodelle für die Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund. Expertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Muijs, Daniel/Harris, Alma/Chapman, Christopher/Stoll, Louise/Russ, Jennifer* 2004: Improving Schools in Socioeconomically Disadvantaged Areas: A Review of Research Evidence, in: School Effectiveness and School Improvement, 15: 2, 149–175.
- Neuenschwander, Markus/Balmer, Thomas/Gasser, Annette/Goltz, Stefanie/Hirt, Ueli/Ryser, Hans/Wartenweiler, Hermann* 2004: Eltern, Lehrpersonen und Schülerleistungen. Schlussbericht, Bern.
- Noreisch, Kathleen* 2007a: Choice as Rule, Exception and Coincidence: Parents' Understandings of Catchment Areas in Berlin, in: Urban Studies, 44: 7, 1307–1328.
- Noreisch, Kathleen* 2007b: School Catchment Area Evasion: The Case of Berlin, Germany, in: Journal of Education Policy, 22: 1, 69–90.
- Oelkers, Jürgen* 2007: Expertise Bildungsgutscheine und Freie Schulwahl. Bericht zuhanden der Erziehungsdirektion des Kantons Bern, Zürich.
- Programmstelle „Lernen vor Ort“* 2011: Bildungsübergänge koordinieren. Werkstattbericht. Bonn.
- Riedel, Andrea/Schneider, Kerstin/Schuchart, Claudia/Weishaupt, Horst* 2010: School Choice in German Primary Schools: How Binding are School Districts?, in: Journal for Educational Research Online, 2: 1, 94–120.
- Rolff, Hans-Günter/Buhren, Claus/Lindau-Bank, Detlev/Müller, Sabine* 2011: Manual Schulentwicklung. Handlungskonzept zur pädagogischen Schulentwicklungsberatung (SchuB), Weinheim/Basel.
- Sacher, Werner* 2012a: Erziehungs- und Bildungspartnerschaften in der Schule. Zum Forschungsstand, in: Stange, Waldemar et al. (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungspartnerschaften. Grundlagen und Strukturen von Elternarbeit, Wiesbaden, 232–243.



*Sacher, Werner* 2012b: Schule: Elternarbeit mit schwer erreichbaren Eltern, in: Stange, Waldemar et al. (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungspartner-schaften. Grundlagen und Strukturen von Elternarbeit, Wiesbaden, 297–303.

*Schneider, Kerstin/Schuchart, Claudia/Weishaupt, Horst/Riedel, Andrea* 2011: The Effect of Free Primary School Choice on Ethnic Groups: Evidence from a Policy Reform. Schumpeter Discussion Papers, Wuppertal.

*Schofield, Janet Ward* 2006: Leistungsgruppierung, Kompositionseffekte und Leistungsentwicklung, in: Schofield, Janet Ward (Hrsg.): Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen Entwicklungs- und Sozialpsychologie. AKI-Forschungsbilanz 5, Berlin, 71–106.

*Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW)* 2012a: Datenauszug aus dem Schulporträt für die öffentlich-allgemeinbildenden Schulen. Daten von der SenBJW zur Verfügung gestellt.

*Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW)* 2012b: Schulbeginn 2013. Ein Ratgeber für Eltern der Schulanfänger, Berlin.

*Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft (SenBJW)* 2012c: Verwaltungsvorschriften für die Zumessung von Lehrkräften an öffentlichen Berliner Schulen ab Schuljahr 2012/13, Berlin.

*Stadt Frankfurt am Main* 2012: Schulwegweiser. ([http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=8668&ffmpar\[\\_id\\_inhalt\]=1382228](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=8668&ffmpar[_id_inhalt]=1382228), 29.10.2012)  
*Stanat, Petra* 2006: Schulleistungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Rolle der

Zusammensetzung der Schülerschaft, in: Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer (Hrsg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden, 51–80.

*Stanat, Petra/Pant, Hans/Böhme, Katrin/Richter, Dirk* 2012: Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern am Ende der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch und Mathematik. Ergebnisse des IQB-Ländervergleichs 2011. Münster.

*Statistisches Bundesamt* 2011: Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen. Fachserie 11 Reihe 1, Wiesbaden.

*Statistisches Bundesamt* 2012: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.

*SVR* 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, Berlin.

*SVR* 2012: Integration im föderalen System. Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, Berlin.

*Verwaltungsgericht Berlin* 2012: Verfahren in Schulsachen. Daten vom Verwaltungsgericht Berlin zur Verfügung gestellt.

*Vogt, Sylvia* 2012: Türkische Eltern protestieren gegen Trennung nach Herkunft, in: Tagesspiegel, 17.08.2012.

*Weiß, Manfred* 2011: Allgemeinbildende Privatschulen in Deutschland. Bereicherung oder Gefährdung des öffentlichen Schulwesens?, Berlin.



## Impressum

### **Herausgeber:**

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH  
Neue Promenade 6  
10178 Berlin  
Tel. 030/288 86 59-0  
Fax: 030/288 86 59-11  
[info@svr-migration.de](mailto:info@svr-migration.de)  
[www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de)

### **Verantwortlich:**

Dr. Gunilla Fincke

### **Gestaltung:**

KALUZA+SCHMID GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2012



## Die Autoren

**Dr. Gunilla Fincke**

Direktorin

des SVR-Forschungsbereichs

**Simon Lange**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

des SVR-Forschungsbereichs

## Über den Forschungsbereich beim Sachverständigenrat

Der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch. Die projektbasierten Studien widmen sich neu aufkommenden Entwicklungen und Fragestellungen. Ein Schwerpunkt der Forschungsvorhaben liegt auf dem Themenfeld Bildung. Der SVR-Forschungsbereich ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Die Grundfinanzierung wird von der Stiftung Mercator getragen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören weitere sechs Stiftungen an: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.

Weitere Informationen unter: [www.svr-migration.de/Forschungsbereich](http://www.svr-migration.de/Forschungsbereich)